

**Beginn: 11:15 Uhr**

**Präsidentin Carina Gödecke:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 90. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**. Ihre Namen werden, wie immer, in das Protokoll aufgenommen.

Wir dürfen auch heute gleich drei Kolleginnen und Kollegen zum **Geburtstag** gratulieren, und zwar von der Fraktion der CDU Frau **Kirstin Korte** und Herrn **Thorsten Schick** und von der Fraktion der SPD Herrn **Christian Dahm**.

(Beifall von allen Fraktionen)

Allen drei Kolleginnen und Kollegen herzliche Glückwünsche des Hohen Hauses. Wir wünschen Ihnen – auch wenn der Plenartag vielleicht lange dauert – einen angenehmen Geburtstag in unserer Mitte.

Wir treten nunmehr in die Beratung der **Tagesordnung** ein, und ich rufe auf:

## 1 Aktuelle Situation der Flüchtlingspolitik

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/9652

In Verbindung mit:

**Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/9512

Und:

**Kosovo, Albanien und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten gemäß § 29a Asylverfahrensgesetz einstufen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9514

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/9653

Und:

**Konzept statt Krisenmodus – Die Landesregierung muss ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik gerecht werden!**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9583

Sowie:

**Aus der Vergangenheit lernen: Nordrhein-Westfalen muss sich der politischen Verantwortung als Aufnahmeland stellen!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/9588 – Neudruck

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 14. August 2015 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung zu dem Thema „Aktuelle Situation der Flüchtlingspolitik“ zu unterrichten. Die Unterrichtung wird durch die Ministerpräsidentin erfolgen.

Wir kommen nunmehr zur Unterrichtung, und ich erteile Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft das Wort.

**Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Jeden Tag erreichen uns derzeit schreckliche Bilder: von Flüchtlingen, die in Lkws zusammengepfercht wurden und qualvoll erstickt sind, von Menschen, die auf Schiffen unterwegs sind, die den Begriff „Schiff“ eigentlich gar nicht führen dürfen, von völlig erschöpften und hungrigen Kindern, Frauen und Männern, verzweifelten Familien mit ihren Großeltern auf Bahnsteigen, in überfüllten Zügen, von Menschen am Ende ihrer Kräfte, denen der Weg durch Stacheldraht und Polizeiketten verwehrt wird.

Wir erleben in Europa zurzeit die größte Flüchtlingsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Millionen Menschen, vor allem aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens, aus Afghanistan, aus afrikanischen Unruhegebieten südlich der Sahara sind auf der Flucht vor Vertreibung, Krieg, politischer Verfolgung.

Aber auch viele aus dem Westbalkan machen sich auf den Weg hierher, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen. Wie groß muss die Verzweiflung der Menschen sein, dass sie unter solchen Umständen ihre Heimat verlassen und sich für ihre Familien in solche Situationen begeben, solche existenziellen Gefahren in Kauf nehmen?

Meine Damen und Herren, wir sind sehr dankbar dafür, dass in Nordrhein-Westfalen so viele Menschen helfen, dass es viele gibt, die nicht abgestumpft und gleichgültig sind, sondern anpacken. Ich bin stolz auf unser Nordrhein-Westfalen und auf die ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft, die es in unserem Land gibt.

(Beifall von allen Fraktionen)

Bei meinen Besuchen in Flüchtlingsunterkünften, Notunterkünften, bei Gesprächen mit haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gab es viele zutiefst berührende Begegnungen.

Eine Frau, die ich fragte: „Warum sind Sie hier, warum helfen Sie mit?“, sagte: Es gab einen Aufruf, Bettwäsche zu spenden. Ich bin hierhergekommen, und hier ging organisatorisch alles drunter und drüber. Da habe ich mit angepackt. – Seitdem ist sie seit vielen Wochen im Einsatz, jeden Tag und immer wieder, bis an die Grenzen ihrer physischen Kräfte.

Ein Mann hat wie selbstverständlich seinen Urlaub abgesagt, weil er sagt: Ich werde doch hier gebraucht. Ich kann doch jetzt nicht in Urlaub fahren.

Eine Studentin kam gerade aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr aus dem Ausland zurück, ist sofort, übergangslos in die Notunterkunft gegangen und hat mit angepackt. Sie fragte: Wer hilft denn hier weiter, wenn ich zurück ins Studium gehe?

Einen ehemaligen Lehrer hat man in dieser Situation gefragt: Kannst du nicht mit Deutsch unterrichten? Wir brauchen hier dringend Unterstützung. Wir müssen doch dafür sorgen, dass diejenigen, die bei uns untergebracht sind, sich auch mit dem beschäftigen können, womit sie sich beschäftigen wollen, nämlich die Sprache zu lernen. Sie wollen die Sprache lernen, weil sie wissen: Das ist der Schlüssel für ein gutes Leben hier. Dieser Lehrer stellte dann schnell fest, dass es bei einigen mit dem Sprachlernen nicht so ging, wie er sich das vorgestellt hatte, weil die Kenntnisse des Alphabets fehlten. Er hat sich dann selbst auf die Socken gemacht und Schülerinnen und Schüler gefunden – 14, 15, 16 Jahre alt –, die jetzt bei der Alphabetisierung der Flüchtlinge helfen.

Eine Lehrerin, die ich in einer Flüchtlingsklasse am Berufskolleg traf, hat mit leuchtenden Augen von ihren Schülerinnen und Schülern berichtet und gesagt: Zum Ende meiner Schullaufbahn habe ich jetzt noch einmal Schülerinnen und Schüler, die dermaßen motiviert sind. Es ist so fantastisch, das zu erleben. – Dabei leuchteten ihre Augen. Sie weiß, in diesem Fall ist sie nicht nur Lehrerin, sondern sie ist Kummerkasten. Sie ist diejenige, die die jungen Menschen auch bei Besuchen von Ämtern begleitet.

Das alles sind Menschen, die in unserem Land mit anpacken, und dafür sage ich heute stellvertretend an alle: Danke!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Manchmal geht es ganz unproblematisch. Viele fragen: Wie kann ich denn helfen? – Meine Antwort ist immer: Gehen Sie hin. Gehen Sie in die Flüchtlingsunterkunft, sagen Sie: Hier bin ich. Was kann ich tun? – Es wird immer etwas zu tun geben.

Auf Facebook meldete sich ein Bürger: Falls ihr zum Wochenende Dolmetscher braucht, könnte ich mich für Kurdisch und eventuell für Arabisch zur Verfügung stellen. – Fußballvereine, Bundesligavereine laden Flüchtlinge zu Spielen ein. In vielen Kommunen sind Bürgerinnen und Bürger aktiv. Bei mir zu Hause in Mülheim sind es mit „Willkommen in Mülheim“ inzwischen über 50 Bürgerinnen und Bürger, die sich selbst über das Netz koordinieren.

Ich denke an die Frau im Paderborner Land, die eine unbegleitete Minderjährige bei sich zu Hause aufgenommen hat. Ich denke an den Gastwirt, der das tut, was er kann: Er hat eine riesige Paella für 40 Flüchtlinge auf den Tisch gestellt. Ich denke an die Anwältin, die dabei hilft, mit Formularen zurechtzukommen.

Ich denke an meinen Besuch in Iserlohn von Mitte August, bei dem mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger mit Schildern „Ein Herz für Flüchtlinge“ vor mir standen. Sie kämpften darum, dass sie „ihre“ Flüchtlinge, die dort jetzt untergebracht sind, behalten können.

All das sind Menschen, auf die wir in unserem Land stolz sein können.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Ja, wir alle sind den Abertausenden dankbar, die sich hauptamtlich oder ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen. In jeder Stadt, in jeder Gemeinde unseres Landes gibt es diesen vorbildlichen Einsatz. Danke für so viel Herz und für die Nächstenliebe. Wie gesagt: Diejenigen, die noch nicht wissen, wie sie es anpacken können, wenn sie helfen wollen, sollten sich schlicht und einfach vor Ort melden.

Anlässlich dieser Debatte äußere ich einen Wunsch an die Kolleginnen und Kollegen von den Medien: Ich wünsche mir manchmal weniger Fragen nach dem Zeitpunkt, wann es denn kippen könnte. Ich wünsche mir mehr Berichte über die leuchtenden Augen der Helferinnen und Helfer, über die Einzelschicksale. Ich glaube, auch das würde dazu beitragen, dass die Stimmung nicht kippt.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Auch den Unternehmen können wir dankbar sein, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freistellen

und auch selbst konkret helfen. Ich war in dieser Woche bei Evonik. Dort wird eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um konkret Hilfen für Flüchtlinge zu organisieren. Das ist vorbildlich, und das zeigt, was wir schaffen können.

Eine tolle Idee, die uns begegnet ist, ist der Bildungsbus, den das Innovationszentrum Fennel auf die Reise schickt – direkt in die Unterkünfte, um schnell zu ermitteln, über welche Qualifikationen die Menschen dort verfügen, damit sie zügig eine berufliche Perspektive erhalten.

Ich bin den hauptamtlichen Beschäftigten in den Kommunen, in den Schulen, in den Hilfsorganisationen, bei der Polizei, den Feuerwehren, bei den Kirchen, den Landkreisen und nicht zuletzt auch bei den Bezirksregierungen sowie bei vielen anderen Arbeitgebern dankbar. Ihr Einsatz geht weit über das hinaus, was das Übliche ist – sehr oft weit über die eigenen physischen Grenzen.

Sie schaffen immer wieder das scheinbar Unmögliche: Sie sorgen dafür, dass Tag für Tag Tausende Menschen, die neu zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf haben, mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden und oft bereits die ersten Schritte der Integration gehen können.

Ich bin dankbar für die große Bereitschaft aktiver und ehemaliger Landesbediensteter: Rund 400 Beamtinnen und Beamte, die schon im Ruhestand waren, haben sich gemeldet und helfen ganz konkret mit, unter anderem bei der Registrierung von Flüchtlingen. Aber auch über 130 Aktive aus allen Ministerien haben sich bereit erklärt, freiwillig an dieser Stelle mitzuwirken.

Meine Damen und Herren, ein wahrer Freund zeigt sich in der Not. Und wie ein Land tickt, das zeigt sich in solchen Situationen. Ja, ich bin fest davon überzeugt: Wir können die Herausforderungen, die vor uns liegen, bewältigen. Wir werden das schaffen, wenn wir gemeinsam anpacken. Dies spüre ich überall bei meinen Besuchen vor Ort.

Denen, die ängstlich sind, die die großen Zahlen in den Zeitungen lesen, sollten wir gemeinsam Mut machen – Mut zur Begegnung. Fremd ist nach meiner Erfahrung immer nur derjenige, bei dem man nicht die Chance hatte, ihn kennenzulernen. Deshalb: Machen wir den Menschen Mut, einander kennenzulernen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings, dass es auch bei uns in Nordrhein-Westfalen das Gegenteil gibt: Menschen, die gegen Flüchtlinge hetzen, Hass und Gewalt säen. Es gibt Menschen, die andere angreifen. Es gibt Unterkünfte, in denen es zu Schmierereien kommt und wo Brandsätze geworfen werden. Und dann gibt es Menschen, die sich über all dies freuen.

Diesen Brandstiftern in Wort und Tat sagen wir unmissverständlich: Ihr werdet diese Gesellschaft nicht vergiften mit euren dumpfen und dummen Parolen! Es gibt hier keine Toleranz für Fremdenfeindlichkeit, Neonazihetze und rechte Gewalt!

(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

In Nordrhein-Westfalen hat die Polizei die meisten Übergriffe aufklären können, auch deshalb, weil Zeugen und Anwohner selbst relativ kleine Straftaten bei Polizei und Verfassungsschutz melden. Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen: Bleiben Sie wachsam! Wir bieten Schutz – gemeinsam.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wir als Politiker, liebe Kolleginnen und Kollegen, tragen in diesen Zeiten eine besonders große Verantwortung. Manche politische Debatte, die in der Sommerpause zu vernehmen war, führt meiner Ansicht nach schlicht und einfach in die Irre: die Debatte um das Taschengeld, die Debatte, die die sicheren Herkunftsländer ins Zentrum stellt, die Kategorisierung in „richtige“ und „falsche“ Flüchtlinge – all das hilft nicht weiter.

Ich finde, wir sollten stolz sein auf unser Asylrecht: Jeder hat das individuelle Recht, hierherzukommen und um Asyl zu bitten. Jeder hat das Recht auf individuelle Prüfung seines Antrags und auf ein geordnetes Verfahren. Damit wird geklärt, wer bleiben kann, wer Asyl erhält. Die anderen werden zurückgeführt, wann immer es möglich ist.

Aber seien wir ehrlich: Es gibt auch Gründe, wann wir nicht zurückführen können. Denn es gibt Menschen, die krank sind. Es gibt Menschen, die wir nicht in die Zustände zurückschicken können, aus denen sie kommen. Und es gibt auch die Situation, dass Herkunftsländer plötzlich so tun, als hätten sie mit diesen Bürgerinnen und Bürgern nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, diese Debatten bringen uns nicht weiter. Wie wirken diese Debatten auf Flüchtlinge? In einer Schulklasse im Berufskolleg saß ein junges Mädchen aus Afrika. Sie war vier Jahre lang auf der Flucht, hat dabei Tausende von Kilometern zurückgelegt und hat in vier unterschiedlichen Gefängnissen gesessen. Sie ist durch die Hölle gegangen, um hierher zu kommen. Und sie liest jetzt über solche Scheindebatten, die uns bei der Bewältigung der Herausforderungen wirklich nicht weiterhelfen. Das ist es, was mich ärgert, wenn ich vor diesen jungen Menschen stehe.

(Lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und der Regierungsbank)

Wir verweigern uns nicht der Debatte über sichere Herkunftsländer. Es ist sinnvoll, erst einmal zu gu-

cken, was die Evaluierung, die wir dazu vornehmen, ergibt und ob sie uns wirklich bei unseren Problemen hilft.

(Armin Laschet [CDU]: Was haben Sie denn beschlossen in der SPD?)

Warten wir doch erst einmal die Evaluierung ab. Wir versuchen doch, Vernunftspolitik zu machen.

Aber die Debatte um ein Taschengeld und die „falschen Anreize“ dafür, dass jemand kommt,

(Armin Laschet [CDU]: Das habt ihr doch beschlossen!)

müssen Sie einmal der jungen, hochschwangeren Frau mit einem Kind an der Hand vermitteln, der ich letzte Woche gegenüberstand. Sie kommt aus Albanien, hat dort alles aufgegeben, alles verkauft, um die Schleuser zu bezahlen. Sie ist jetzt hier und möchte ihrem Kind eine Zukunft bieten. Da kann es doch nicht um richtige und falsche Flüchtlinge gehen. Sondern: Wir sind ein starkes Land und verlassen uns auf unsere Gesetzgebung.

(Lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und der Regierungsbank)

Warum hat sie alles aufgegeben? Auch weil sie dort die Information hatte, dass wir hier in Deutschland Fachkräfte suchen. Sie ist qualifiziert. Sie ist Krankenschwester. Sie will und kann hier leisten. Lassen Sie uns doch darüber reden, dass nicht alles übers Asylrecht laufen muss, dass wir endlich ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz in Deutschland bekommen, damit eine solche Zuwanderung auch möglich ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN, der FDP und der Regierungsbank)

Ich sage das hier auch ganz deutlich: Wir könnten schon heute durch Erlasse regeln, dass Menschen aus diesen Herkunftsländern, die hier einen Arbeitsplatz nachweisen können, kommen könnten. Lassen Sie uns das gemeinsam auf den Weg bringen! Dann bilden sich dort Agenturen. Dann wird versucht, schon vorher die Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen, und dann können wir diesen Menschen eine Perspektive geben. Da brauchen wir nicht erst auf ein neues Zuwanderungsgesetz zu warten. Lassen Sie uns das auf einem Wege regeln, der pragmatisch möglich ist. Das hat doch gestern auch die Kanzlerin gesagt: Lassen Sie uns doch die Bürokratisierung solcher Dinge vermeiden.

(Lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um ein Schwarzer-Peter-Spiel in dieser Situation. Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Aber mit klarer Kante gegen Fremdenfeindlichkeit, mit Hilfs-

bereitschaft, mit Entschlossenheit, mit praktischem Handeln können wir diese Aufgaben meistern.

Die Grundhaltung ist eigentlich das Entscheidende: die Aufgabe gemeinsam anzupacken, vor der wir in den Kommunen, in der Politik im Land und im Bund, in den Aufnahmeeinrichtungen, in den Nachbarschaften stehen.

Inzwischen kommen pro Woche über 7.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen. Nach seiner neuesten Prognose geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dieses Jahr von 170.000 Flüchtlingen für NRW aus. Ob es mehr werden, kann man schlicht und einfach nicht ausschließen. Niemand kann und konnte die ungeheure Dynamik dieser Entwicklung vorhersagen. Selbst die Prognose des BAMF, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, von September 2014 sprach noch von 43.000 Flüchtlingen in 2015 für Nordrhein-Westfalen.

Bundesinnenminister de Maizière hat seine Prognosen mehrfach korrigieren müssen. Er hat erst in der vergangenen Woche selbst darauf hingewiesen, wie überraschend dieser Anstieg für ihn sei. Die Prognose von bundesweit rund 800.000 Flüchtlingen in diesem Jahr sei eine Vervierfachung gegenüber dem Vorjahr.

Insofern sollten wir uns keine Scheingefechte liefern, wer wann was hätte früher wissen können oder müssen oder wer wann hätte früher reagieren müssen. Das hilft uns in der Sache keinen Millimeter weiter.

Niemand konnte diese aktuelle Entwicklung hervorsehen, und darum haben Land und Kommunen ihre Unterbringungskapazitäten in den vergangenen Jahren abgebaut. Die ehemalige Landesstelle Unna-Massen, in der in Spitzenzeiten beinahe 4.000 Flüchtlinge lebten, ist am 30. Juni 2009 von meinem Vorgänger geschlossen worden. Niemand konnte damals wissen, dass wir diese Plätze nun wieder dringend brauchen würden.

Inzwischen nimmt Unna-Massen wieder Flüchtlinge auf. Dort ist allerdings auch eine neue Hochschule entstanden, sodass die Kapazitäten in dem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen. Ich mache niemandem einen Vorwurf – eine andere Regierung hätte diese Entscheidung unter den gegebenen Bedingungen wahrscheinlich genauso getroffen. Aber es zeigt, dass ein Schwarzer-Peter-Spiel schlicht und einfach fehl am Platz ist.

Wir stehen vor einer großen, schwierigen Aufgabe. Ich und wir sind selbstkritisch genug, um zu sagen, dass vieles noch viel besser als heute gelingen kann und gelingen muss.

Wir sind uns sehr bewusst, dass die Kommunen den größten Teil der Aufgaben, vor denen wir stehen, stemmen müssen. Ich kann durchaus verstehen, dass sie es als Zumutung empfinden, wenn zum Teil extrem kurzfristig auf Bitten des Landes im

Wege der Amtshilfe Plätze geschaffen werden müssen. Doch ich bitte überall, wo ich im Land unterwegs bin, auch um Verständnis, dass auch wir als Land und auch die Bezirksregierungen nicht wissen, wer morgen bei uns vor der Türe stehen wird.

Hier spiegelt sich wider, dass die Zuwanderung europäisch – das ist beinahe zu wenig – nicht hinreichend geregelt ist und dass der Bund mit der Abarbeitung der Asylverfahren noch immer immens im Verzug ist.

Wenn Menschen in Bussen herangefahren werden und von den Schleppern einfach in der Nähe der Erstaufnahmeeinrichtungen abgesetzt werden, dann muss man schlicht und einfach mit der Situation, so gut es geht, fertig werden. Deshalb ist es aus Sicht der Länder und Kommunen am wichtigsten, dass der Bund endlich für eine schnellere Bearbeitung der Verfahren sorgt.

Das A und O sind schnellere Asylverfahren. Wir müssen nicht über das Taschengeld reden, um Anreize zu sehen, sondern darüber, dass die Menschen nicht monatelang hierbleiben, um monatelang Taschengeld zu bekommen. Wenn wir das in drei Monaten schaffen würden, wie es verabredet ist, dann hätten wir eine bessere Situation insbesondere für die Kommunen in diesem Land.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

In der Realität sind wir von den drei Monaten noch meilenweit weg; es dauert weit mehr als doppelt so lange.

Die Kinder in der Schulklasse, mit denen ich sprach, sind schon mehr als ein Jahr hier. Sie sitzen und warten darauf, zu erfahren, ob sie hierbleiben dürfen oder nicht. Sie lernen fleißig Deutsch, immer mit der Angst im Nacken: Morgen kommt die Entscheidung. Das ist die konkrete Situation der Menschen.

Wir haben beim letzten Flüchtlingsgipfel darüber gesprochen, Politik aus Sicht der Flüchtlinge zu machen. Das sind die konkreten Themen, um die wir uns kümmern müssen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten und dafür kämpfen, dass diese Verfahren beschleunigt werden.

Wenn Stellen geschaffen werden und die Stellen immer noch nicht besetzt sind, dann muss auch der Bund zu außerordentlichen Maßnahmen greifen. Das ist unsere Bitte, weil das der Schlüssel zu einem besseren Gelingen ist.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, niemand hat die Dynamik vorausgesehen, auch Sie von der CDU nicht. Noch am 10. April haben Sie für den zweiten Flüchtlingsgipfel gefordert, es ginge nun um die – ich zitiere – „Schaffung von ausreichenden Plätzen“, 15.000

Regelplätze in den zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes sowie Notfallkapazitäten von mindestens 2.500 Plätzen. Jetzt bewegen wir uns bis zum Jahresende auf 60.000 Plätze zu. Wenn man politisch versucht, Geländegewinne damit zu machen, dass man so tut, als hätte man vorher alles besser gewusst, dann kann man sich der Verantwortung hier nicht entziehen. Das ist ein zentraler Punkt.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Die Landesregierung schafft die Plätze, die machbar sind. Es gilt, das gemeinsame Ziel im Auge zu behalten.

Daher die Einladung: Gehen Sie mit uns gemeinsam auf die Suche nach Liegenschaften für weitere Plätze! Wir alle wissen, die Kommunen sind von der unvorhersehbaren Dynamik am direktesten betroffen. Sie tragen hohe finanzielle Lasten. Wir haben die Pauschale bereits einmal erhöht. Die Pauschale gibt es, weil die kommunalen Spitzenverbände nicht spitz abrechnen wollten, sondern mit Pauschalen abrechnen wollten. Die Wahrheit ist, dass es das Wesen einer Pauschale ist, dass die Wirkung in der einen Stadt finanziell eine andere ist als in der anderen Stadt. Wenn in Köln der Wohnraum knapp ist und Wohnungen teuer sind, dann wirkt die Pauschale natürlich in geringerem Umfang als in einer Stadt, in der es billigen Wohnraum zuhauf gibt. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Über diese Erhöhung der Pauschale hinaus, die inzwischen bei 7.578 € liegt, haben wir auch noch die Entlastungen, die über den Bund und die Länder bei den Kommunen ankommen. Die sind noch nicht alle angekommen – diese Milliarde, von der immer geredet wird.

Aber mir ist auch wichtig, an dieser Stelle mal zu sagen: Das ist nicht eine Milliarde Bundesgeld, sondern diese Milliarde sind 500 Millionen € von den Ländern. Das ist gedacht für Länder und Kommunen, weil auch wir unsere Hausaufgaben machen müssen. Darauf komme ich noch. – Es sind 500 Millionen € von den Ländern, und die anderen 500 Millionen € sind auch kein frisches Geld des Bundesfinanzministers, sondern es sind Mittel aus dem Hochwasserfonds, den auch die Länder mitfinanziert haben. Es wird Zeit, dass der Bund endlich konkret zur Sache kommt und seine Versprechungen jetzt auch wahr macht.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Christof Rasche [FDP] und der Regierungsbank)

Dennoch sehen wir die Situation der Kommunen. Deshalb haben wir uns entschlossen, den Stichtag vorzuziehen. Denn eines ist doch klar. Wenn Sie eine Pauschale haben, die 100 % beträgt, und wir jetzt die Zahlen vom letzten Jahr nehmen, als es halb so viele Flüchtlinge waren, dann sagt die Kommune: Ich habe nur 50 % Unterstützung. – Wir

ziehen jetzt diesen Stichtag vor. Das ist eine große Belastung für den Landeshaushalt. Aber wir wissen, dass wir die Kommunen an dieser Stelle nicht alleine lassen können. Deshalb ist das richtig und wichtig, diese Entscheidung zu treffen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Die oberste humanitäre Verpflichtung ist schlicht und einfach, allen, die kommen, ein Dach über dem Kopf zu geben. Wir müssen Obdachlosigkeit unbedingt vermeiden. Ich habe es gesagt. In Nordrhein-Westfalen stehen heute bereits 10.000 reguläre Unterbringungsplätze und mehr als 20.000 Notplätze zur Verfügung. Im Jahr 2012 hatten wir 1.800 Plätze. Wir steuern auf 60.000 Plätze bis zum Jahresende zu.

Ja, wir brauchen für die Unterbringung der Flüchtlinge auch Turnhallen als Notquartiere. Aber damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir haben im Land 6.130 Schulen. Viele, fast die meisten, werden eine Turn- oder Sporthalle haben. Das Land nutzt aktuell 44 Schulsportstätten. Dazu kommen noch 20 kommunale eigene Asylunterkünfte in Schulsportstätten. Nur als Relation: Wir haben zurzeit meiner Kenntnis nach über 100 gesperrte Sporthallen, weil dort Decken fehlerhaft eingebaut worden sind.

Das heißt, auch hier ist völlig klar: Wir sollten nicht skandalisieren, sondern dafür sorgen, dass diese Notunterkünfte schnellstmöglich aufgelöst werden können. Wir wissen, dass das eine der großen Herausforderungen ist, weil wir wollen, dass der Schulsport und dass auch der Sport in den Vereinen in Zukunft wieder ordnungsgemäß stattfinden kann. Darauf können sich die Kommunen verlassen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Aber ich kann keine Versprechungen abgeben.

Lieber Herr Laschet, es erfolgt eine enge Abstimmung in der Landesregierung, um die gemeinsamen Maßnahmen zu koordinieren. Wir kommen regelmäßig unter der Leitung von Sylvia Löhrmann und mir selbst zu einem Sonderkabinetts zusammen, seit vielen, vielen Wochen. Wir rufen auch andere Experten hinzu. Zum Beispiel war in den letzten Sitzungen naturgemäß immer auch der Chef des Bau- und Liegenschaftsbetriebes dabei, weil es um landeseigene Immobilien geht, weil es auch um Flächen geht, die wir nutzen können.

Wir haben eine lange Liste, die wir gemeinsam Punkt für Punkt abarbeiten. Wir kommen voran. Da, wo es noch hakt, werden wir weitermachen.

Wir verabreden dabei angesichts der angespannten Situation auch unkonventionelle Maßnahmen, die dann dankenswerterweise auch von anderen aufgegriffen werden. Ich nenne die Ansprache pensionierter Beamtinnen und Beamter. Wir reden darüber, wie wir den Ausbau von Unterbringungsplätzen

noch weiter beschleunigen können, wo zum Beispiel noch Hallen und Flächen genutzt werden können. Wir sind mit Unternehmen in Kontakt wie Post, Bahn, RWE, RAG. Wir sind mit den Schützenvereinen im Gespräch. Wir gucken auch, wo noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu aktivieren sind, die wir für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen einsetzen können.

Wir werden aber im Übergang auch Leichtbauhallen einsetzen. Das sind keine Zelte wie früher auf dem Campingplatz, in die es irgendwann mal reinregnet. Ich sage das immer zur Erläuterung. Das sind Leichtbauhallen. Schauen Sie sich die an! Die sind in meiner Stadt auch eingesetzt worden, als eine Schule renoviert wurde. Da war die Klasse auch im Winter gut untergebracht. Die sind beheizbar, die sind klimatisierbar. Das ist nicht ein Zelt, mit dem ich früher zelten gegangen bin.

Diese Leichtbauhallen dürfen aber nur ein Provisorium sein. Ziel ist es, dass wir möglichst alle Flüchtlinge in festen Unterkünften unterbringen können.

Bereits im Dezember 2014 wurde darum das Programm NRW.BANK.Flüchtlingsunterkünfte aufgelegt. Damit können Investitionen zur Unterbringung von Flüchtlingen auch in den Kommunen finanziert werden.

Um auch Investoren Anreize zu bieten, haben wir im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, das Wohnungswirtschaft und kommunale Wohnungsunternehmen unterstützt.

Manche fragen sich, warum der Aufbau nicht schneller geht. Warum wird so lange gewartet, bis eine neue Einrichtung an den Start gehen kann? Vor der Belegung jeder Unterkunft muss eine Reihe von Fragen geklärt werden. Von außen ist das manchmal simpel. Viele sprechen mich an und sagen: Es gibt doch eine Kaserne, die früher genutzt wurde; dort könnt ihr doch Flüchtlinge unterbringen.

Wenn man sich mit den Fachleuten unterhält, hört man, dass die Kaserne einen Winter leer gewesen, dass vieles kaputt ist und sich oft die Restaurierung an dieser Stelle nicht mehr lohnt. Wir müssen prüfen: Sind die Sanitäreinrichtungen für mehrere Hundert Menschen überhaupt vorhanden? Sind die Stromversorgung und der Abwasserkanal ausreichend? Stimmt der Brandschutz? Können Lieferanten anfahren? Auch das sind Fragen, die zu klären sind.

Wir prüfen aber auch, ob Gesetze oder Verordnungen geändert werden müssen, die den Bau, Umbau oder die Nutzung von Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen erschweren. Da, wo der Bund zuständig ist, setzen wir uns für die Änderungen der entsprechenden Vorschriften ein, und das findet auch schon statt. Wir handhaben die Landesbauordnung bereits jetzt so flexibel wie möglich. Das haben wir im November 2014 bereits in einem Erlass geregelt. Unabhängig davon, ob eine Baugesetzgebung

nehmung vorliegt, kann die Nutzung für die Unterbringung aufgenommen werden, wenn Brandschutz und Standsicherheit gewährleistet sind, damit keine Gefahren für die Flüchtlinge zu erwarten sind.

Über die planungsrechtlichen Erleichterungen im Baugesetzbuch des Bundes hinaus, die Flüchtlingsheime in Gewerbegebieten ausnahmsweise zuzulassen, haben wir der Bundesregierung vorgeschlagen, dass auch im unbeplanten Außenbereich befristet Flüchtlingsheime erlaubt werden. Für die Errichtung neuer Erstunterbringungen in Leichtbauweise gibt es extrem unbürokratische Regelungen per Erlass der Landesregierung. – Das nur als einige Beispiele.

Auch bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften haben wir für Verfahrensvereinfachung gesorgt. Ich nenne die Vergaberichtlinie. So ist die Vergaberichtlinie für die Unterbringung von Flüchtlingen auf das absolute Minimum abgespeckt worden. Wir haben alle Obergrenzen ausgenutzt und ermöglichen eine freihändige Vergabe in den allermeisten Fällen. Das gilt auch für die Kommunen. Auch für die Errichtung von Zeltbauten haben wir bürokratische Hürden abgebaut, und mit den Kommunen stehen wir im ständigen Austausch und beraten, wo immer es Probleme, Fragen oder auch Missverständnisse gibt.

Eines sage ich deutlich, weil mich das gestern etwas irritiert hat: Wir machen beim Brandschutz keine Kompromisse – bei anderen Themen schon, aber nicht beim Brandschutz. Ich glaube, das ist auch sachgerecht.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wenn wir unseren humanitären Verpflichtungen gerecht werden wollen, müssen wir dafür sorgen, dass Flüchtlinge medizinisch gut versorgt werden. Wir haben daher den Kommunen ermöglicht, eine Gesundheitskarte für Asylsuchende einzuführen. Kollegin Steffens hat das verhandelt. Als erstes Flächenland konnten wir die Einführung dieser Gesundheitskarte vermelden; sie macht es den Flüchtlingen leichter, sie ist wirtschaftlicher, und sie entlastet die Gemeinden. Das ist ganz entscheidend.

(Zuruf von Daniel Düngel [PIRATEN])

In der vorigen Woche haben die Krankenkassen bereits unterzeichnet. Inzwischen haben neun Krankenkassen unterschrieben. Es gibt bereits viele interessierte Städte, die jetzt auch mit der Einführung der Gesundheitskarte beginnen. Für 180.000 Flüchtlinge käme das infrage – 180.000 Mal konkrete Menschlichkeit.

Meine Damen und Herren, uns allen muss bewusst sein: Mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ist die erste Not gelindert. Aber damit ist die Aufgabe, vor der wir stehen, bei Weitem noch nicht gelöst. Diese Aufgabe ist weit umfassender und vor allem weit langfristiger. Wir sagen den Bür-

gerinnen und Bürgern ehrlich: Dieses Land wird sich verändern. Viele Menschen, die zu uns gekommen sind und weiter zu uns kommen, werden auf Dauer hierbleiben. Damit stehen wir vor einer gewaltigen Integrationsaufgabe, und wir wollen das gut machen. Deshalb sind wir fest entschlossen, diese Aufgabe umfassend und systematisch anzugehen, und ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen kann. Wir waren schon immer ein Einwanderungsland, nicht nur in den Zeiten von Kohle und Stahl.

Diese Integrationsaufgabe passt sich auch in die Linie der vorbeugenden Politik dieser Landesregierung ein. Wir müssen jetzt Unterstützung, Förderung und Integration leisten, statt später teuer zu reparieren. Wir müssen jetzt die Chancen nutzen, die sich gerade vor dem Hintergrund der Prognose der alternden Gesellschaft und beim bereits spürbaren Fachkräftemangel bieten.

Deshalb werden wir unsere Hausaufgaben machen. Wir werden darum sehr konkret noch im Haushalt 2015 noch einmal 400 neue Stellen für die hauptamtliche Betreuung von Flüchtlingen schaffen. Wir müssen sehen, dass die Ehrenamtlichen, von denen ich gesprochen habe, zum Teil wegfallen. Ich habe die Beispiele der Studierenden genannt. Sie kommen zum Teil an das Ende ihrer Kräfte. Wir brauchen hier dringend hauptamtliche Entlastung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Klar ist auch, dass mit steigenden Flüchtlingszahlen auch die Ausgaben für die Flüchtlingseinrichtungen steigen. Deshalb werden wir hier zusätzlich über 310 Millionen € und noch einmal 50 Millionen € für zusätzliche Gebäude und Grundstücke zur Verfügung stellen.

Weil wir alle wissen, dass Bildung entscheidend für gelingende Integration ist, werden wir zusätzlich zu den schon geschaffenen 1.000 Lehrerstellen weitere 2.625 Stellen im Schulbereich schaffen, 900 Stellen davon allein für Auffang- und Vorbereitungsklassen, damit es von Anfang an gut gelingen kann.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wir werden aber auch die Stellen für Richter und Justizmitarbeiter aufstocken, weil wir nicht auf der einen Seite vom Bund schnellere Verfahren verlangen können, wenn wir auf der anderen Seite nicht dafür sorgen, dass auch die Verfahren schneller bearbeitet werden können, die in die Rechtsüberprüfung hineingehen. Deshalb werden wir in 2015 bereits 76 zusätzliche Stellen bei der Justiz einrichten, davon 37 Richterstellen.

Ein Lob auch einmal an die Justiz: Wir sind bei den Verfahrensdauern in Deutschland in diesem Fall mit einer Verfahrensdauer bei Eilverfahren von 0,8 Monaten auf Platz 3, bei Hauptsacheverfahren auf Platz 6 mit 7,9 Monaten. Mit den neuen Stellen kön-

nen wir noch schneller werden. Das dient allen, damit am Ende auch Sicherheit entsteht.

Um es an der Stelle noch einmal deutlich zu machen: Das sind alles noch Maßnahmen für 2015. Es werden noch viele weitere Stellen für Schulen, im Kitabereich, für Richter, aber auch für Integrationsprojekte, für kulturelle Projekte, für den Sport, für die Unterstützung von Integration zu beschließen sein. Den zusätzlichen Nachtragshaushalt für die gestiegenen Flüchtlingskosten werden wir im Kabinett noch im September beschließen, und die weiteren Maßnahmen für den Haushalt 2016 werden wir rechtzeitig im Laufe des Jahres auf den parlamentarischen Weg bringen.

Sehr wichtig ist dabei auch die Unterstützung der Ehrenamtler vor Ort. Ich bin sehr dankbar für das Programm „KOMM-IN NRW“, was vom MAIS auf den Weg gebracht worden ist. Das werden wir in 2016 noch einmal deutlich ausweiten.

Wir werden zusätzliche Kita-Plätze finanzieren, damit möglichst viele Kinder einen Platz in der Kita finden. Wir wollen, dass sie glücklich aufwachsen. Sie haben viel erlebt, viel durchgemacht. Das gilt im besonderen Maße für die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen, die in großer Zahl zu uns kommen. Auch ihnen müssen wir eine besonders große Aufmerksamkeit widmen.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt: Junge Menschen, die zu uns kommen – ich habe darüber gesprochen –, wollen Perspektiven. Sie sind ungeheuer begeistert. Sie wollen hier sein, sie wollen zeigen, was sie können. Deshalb ist es wichtig – und wir sind im Dialog mit der Agentur für Arbeit und mit den Arbeitgebern –, dass diejenigen, die hierbleiben können, möglichst schnell eine Ausbildung oder Arbeit finden.

Natürlich ist es auch richtig, dass junge Menschen, die zu uns kommen und die Voraussetzungen erfüllen, auch schnell die Möglichkeit bekommen sollen, hier zu studieren. Ich bin dankbar, dass das Wissenschaftsministerium ein Memorandum mit den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geschlossen hat.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Teil der vielfältigen Aktivitäten, die wir in Gang gesetzt haben. Bei den beiden Flüchtlingsgipfeln haben wir uns mit allen Beteiligten darauf festgelegt, aus dem Blickwinkel der Flüchtlinge unsere Politik auszurichten, eine Willkommenskultur für die Menschen aufzubauen, die zu uns kommen. Für die Landesregierung gilt diese Verpflichtung weiterhin uneingeschränkt, und wir arbeiten daran, sie weiter umzusetzen.

Wir alle stimmen aber überein, dass der Bund zu seiner Verantwortung stehen muss und Länder und Kommunen stärker finanziell unterstützen muss. Der Bund hat das zugesagt. „Am Geld wird es nicht

scheitern“, so hat Herr Schäuble, wie ich lesen konnte, vor einigen Tagen gesagt.

Ich bezweifle nicht die Zusage, aber wir brauchen endlich eine verbindliche Festlegung des Bundes. Wir brauchen diese Unterstützung. Denn auch die finanziellen Mittel der Kommunen sind begrenzt. Wir müssen darauf achten, dass beispielsweise nicht die Renovierung von Schwimmbädern zu kurz kommt, weil die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht tätigen können, da sich die Unterstützung der Gesamtgesellschaft für diese schwierige Aufgabe zu lange verzögert. Das ist meine Bitte an den Bund, hier voranzukommen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Aber auch bei anderen wichtigen Fragen müssen wir jetzt schnell mit dem Bund vorankommen. Ich denke vor allem an die verbesserten Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums, eine Öffnung der Integrationskurse und die Betreuung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

Sobald wir in all diesen Punkten mehr Klarheit haben, macht es aus meiner Sicht Sinn, dass wir in Nordrhein-Westfalen dann zu einem dritten Flüchtlingsgipfel einladen.

Für mich steht außer Frage, dass wir Flüchtlinge mit offenem Herzen aufnehmen müssen. Das ist für uns wesentlich und klar. Integration kann nur dann gelingen, wenn jeder bereit ist mitzuwirken. Und umgekehrt ist es für manche vielleicht auch nicht mehr ganz so interessant, sich auf den Weg zu machen, wenn sie wissen, dass beschleunigte Verfahren dazu führen, dass man schnell eine Entscheidung bekommt. Wenn die Ablehnung gültig ist, dann muss klar sein, dass dann eine schnelle Rückführung in die Herkunftsländer erfolgen muss. Das tun wir. Was die Zahlen angeht, liegt Nordrhein-Westfalen übrigens an der Spitze.

Wichtig ist aber – ich sage das noch einmal –, dass wir, bevor wir nachher über sichere Herkunftsländer diskutieren und Sie das zum Kern dieser Herausforderung machen, doch erst einmal die Evaluierung abwarten sollten, was denn die Benennung von sicheren Herkunftsländern in der Vergangenheit gebracht hat. Wir verschließen uns nicht dieser Debatte, aber ich finde, wir sollten die Evaluierung, die ja bald vorliegen wird, in diesem Punkt abwarten. Das wäre meine herzliche Bitte.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Übrigens, nur durch beschleunigte Verfahren graben wir auch den Schleusern das Wasser ab. Ob im Mittelmeer, an den Grenzen zu Griechenland, in den Balkanstaaten – Schleuser nutzen in menschenverachtender Weise das Elend und die Not von Flüchtlingen aus. Das ist entsetzlich, und das ist

abstoßend. Schleuser haben nur eins im Sinn: ihren Profit. Gesundheit und Leben sind ihnen völlig egal. Deshalb bin ich froh, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen entschlossen gegen skrupellose Schleuser vorgeht. Dort, wo verdächtige Fahrzeuge angehalten werden, werden sie von der Polizei konsequent kontrolliert und gegebenenfalls aus dem Verkehr gezogen. Das geschieht natürlicherweise insbesondere in der Nähe von Erstaufnahmeeinrichtungen.

Wir müssen aber auch endlich erkennen, dass wir Zuwanderung auf eine andere rechtliche Grundlage stellen sollten. Das Asylrecht taugt nicht als Einwanderungsrecht. Wir brauchen ein eigenständiges Zuwanderungsgesetz.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank – Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Und noch eins: Wir brauchen dringend eine europäische Verständigung. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen mehr Flüchtlinge aufnimmt als ganz Frankreich. Die Flüchtlingskrise in Europa kann nur gelöst werden, wenn alle EU-Staaten viel enger als bisher zusammenarbeiten. Wir haben in diesen Tagen gesehen, wie absolut unzureichend die Zusammenarbeit ist. Nach meinem Eindruck ist das Dublin-Verfahren, nach dem ein Antrag auf Asyl im EU-Ankunftsland zu stellen ist, de facto zusammengebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Guntram Schneider: So ist es!)

Es lässt sich überdies auch nicht anwenden, wenn die Flüchtlinge in den Ankunftsändern der EU gar nicht registriert werden. Der Bund muss auf europäischer Ebene viel stärker als bisher für eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden eintreten – eine Verteilung, die fair und praktikabel ist.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Sosehr uns alle das Flüchtlingsthema beschäftigt, sowenig dürfen wir andere Aufgaben aus dem Blick verlieren. So bleibt die Bekämpfung der Einbruchskriminalität eine genauso wichtige Aufgabe wie die stärkere Polizeipräsenz bei Flüchtlingsunterkünften. Die vorhandene Personalstärke reicht dafür und für die vielen weiteren Aufgaben der Polizei allerdings nicht aus. Deshalb werden wir 250 zusätzliche Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung, liebe Opposition, damit wir diese Waage nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, dass trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung auch bei uns immer noch viel zu viele zu lange arbeitslos sind. Etwas leuchtet mir nach wie vor nicht ein: Sie kennen unser Werben um einen sozialen Arbeitsmarkt,

um öffentlich geförderte Beschäftigung. Wir haben viel zu wenig Plätze. Wir haben doch genug zu tun, gerade in dieser Situation. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass im Bund diese Zahl der Plätze ausgeweitet wird, damit darüber auch Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen neue Möglichkeiten gegeben werden, jetzt wieder in Arbeit zu kommen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beweisen!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, ja, Zuwanderung wird unser Land verändern, wenn wir es richtig anpacken, dann zum Besseren, wenn auch im Bund und auf EU-Ebene die Weichen richtig gestellt werden. Wenn wir es richtig anpacken, dann werden aus Zuwanderern von heute die Facharbeiter, Fachärzte von morgen. Dann werden die Kinder die Firmengründer von morgen. Und dann werden sich die Kosten, die wir derzeit tragen, als langfristig gute Investitionen erweisen.

Gerade wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass Zuwanderung nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance ist. Denn Nordrhein-Westfalen hat als Zuwanderungsland eine große Tradition. Darum haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch ein großes Vertrauen darin, dass Zuwanderung ein Land stärken kann. Diesen Vertrauensvorschuss müssen wir erhalten.

Ich bin sicher, wenn wir alle Menschen, die zu uns kommen und bei uns bleiben, in unsere Mitte nehmen, ihnen eine neue Lebensperspektive geben, dann wird uns das gelingen.

Ich habe Anfang des Jahres bei der Neujahrsansprache gesagt – ich sage es noch einmal –: Bei uns haben alle Platz – und das ist wichtig –, die unsere Gesetze und Werte achten, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Glaubens. In einem solchen Nordrhein-Westfalen kann jeder und jede eine gute Heimat finden. Stark, tolerant, offen, solidarisch und vielseitig – so sind wir hier. Wir können das, und wir schaffen das – wir in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele haben zwischenzeitlich auf die Uhr geschaut, insbesondere habe ich das gesehen, wenn ich nach rechts geschaut habe. Ja, ich habe die Redezeit überzogen. Aber ich finde, nach einer so langen Sommerpause, wo so viel passiert ist, ist es wichtig, dass wir uns für diese Debatte hier die Zeit nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Regierungsbank)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin, für die Regierungserklärung. In der Tat haben Sie die Redezeit mit 22 Minuten deutlich überzogen. Das ist aber kein Problem, weil die Opposition dann entsprechend längere Redezeiten beanspruchen kann.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Armin Laschet das Wort.

**Armin Laschet (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, wir haben jedes Verständnis dafür, dass Sie Redezeiten überziehen. Sie hätten auch noch 20 Minuten sprechen können, wenn Sie dann mehr Konkretes gesagt hätten über das, was die Landesregierung tut.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Wir haben in den ersten 20 Minuten Ihrer Rede anächtig zugehört.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie haben die vielen Menschen im Lande zu Recht erwähnt, die sich engagieren, die Ehrenamtler, die Kommunen. Sie haben die Kirchen erwähnt. Sie haben die, die Wohnraum bereitstellen lassen, erwähnt. Aber was glauben Sie, wenn Sie die Kommunen hören, wenn die Bürgermeister und Landräte zu Ihnen kommen, wie enttäuscht die sind, dass sie nicht mehr Unterstützung bei dieser schwierigen Aufgabe bekommen? Das ist doch nicht damit getan.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind an Ihrer Seite, wenn es um das Würdigen dieses Engagements geht. Es wäre in diesem Land nicht ein solches Klima der Willkommenskultur, wie wir es haben, gäbe es nicht die Kirchen, gäbe es nicht die Mitarbeiter in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden, die Überstunde an Überstunde reihen, gäbe es nicht die Hilfsorganisationen und die Ehrenamtler, die Beruf und Familie hinten anstellen und sich in diesen Dienst stellen.

(Beifall von der CDU)

Wir können stolz sein, dass es bei uns nicht diese Deichgrafenrhetorik gibt von Flut, Flüchtlingschwemmen, von Dämmen, die brechen, und Booten, die voll sind. Nein, in Nordrhein-Westfalen herrscht ein anderes Klima. Hier gibt es auch Übergriffe von Rechtsradikalen – auch das ist wahr –, aber es gibt keine Demonstrationen von Menschen, die die beschimpfen, die sich engagieren. Es gibt keinen Ort wie Heidenau in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass das auch in Zukunft in unserem Land so bleibt.

(Beifall von der CDU)

In dieser Zeit ist es wichtig, dass Politik aus einem Konzept heraus gestaltet wird, dass man eine Idee hat, die man dann in Regierungshandeln umsetzt. Sie haben andeutungsweise einmal gesagt, dass auch Sie die Idee haben, dass Asyl und Einwanderung zweierlei sind, dass man das trennen muss. Aber im Nachsatz haben Sie dann wieder gesagt, wir dürfen nicht trennen in gute und schlechte Flüchtlinge.

Frau Ministerpräsidentin, das ist doch der Kern der Frage: Wer bekommt Asyl? Sie werden da die Entscheidung fällen müssen, wer schutzbedürftig ist und wer nicht schutzbedürftig ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist nicht in Ordnung, die Entscheidung, die die Entscheider – von denen Sie ja mehr fordern – zu fällen haben, ob jemand Asyl bekommt oder nicht, zu diffamieren als Unterscheidung von guten und schlechten Flüchtlingen.

(Beifall von der CDU – Unruhe von SPD und GRÜNEN)

Das ist ein Rechtsverfahren. Das muss man sauber auseinanderhalten.

Jetzt sage ich Ihnen, wo das nicht funktioniert. Wir haben sichere Herkunftsländer. Dank Ministerpräsident Kretschmann von Baden-Württemberg ist das so entschieden. Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sind beim letzten Mal anerkannt worden. Nicht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – nicht Sie, auch nicht mit den vielen Worten, die wir hier gehört haben –, sondern Baden-Württemberg hat es ermöglicht, dass wir mehr sichere Herkunftsländer haben.

(Beifall von der CDU)

So war es.

Sicheres Herkunftsland – das ist ein sehr technischer Begriff – heißt doch, dass das die Demokratien des Balkans sind, das sind Beitrittsländer zur Europäischen Union. Rezzo Schlauch, früherer grüner Gründungsaktiver, ist jetzt Honorarkonsul von Albanien.

Er hat vor einigen Tagen gesagt: Ich bin alle drei Wochen in Albanien. Wir bauen eine Demokratie auf. Das ist ein Rechtsstaat. Es beleidigt uns, dass Sie nicht anerkennen, dass wir ein sicheres Herkunftsland sind. Das ist eine außenpolitische Entscheidung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum tun Sie sich denn so schwer? Alle SPD-Ministerpräsidenten haben in einer Schaltkonferenz mit Sigmar Gabriel vereinbart, die drei Länder sind Demokratien, und wir sind bereit, sie als sichere Herkunftsländer anzuerkennen. Das habe ich in der Sommerpause gelesen.

Wenn die Grünen das hier im Landtag verhindern, sagen Sie ihnen doch: Rezzo Schlauch und andere, die sich auskennen, empfehlen, dass diese Länder sichere Herkunftsländer werden. – Geben Sie sich den Ruck. Das führt zu Klarheit im Verfahren. Das ist die saubere Trennung zwischen Asyl und Einwanderung, die wir dringend brauchen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Etwas Zweites kommt hinzu – auch dagegen polemisieren Sie heute in Ihrem Antrag –: Wir benötigen Erstaufnahmestellen für Menschen aus diesen sicheren Herkunftsländern mit vielen Mitarbeitern des BAMF und mit den benötigten Juristen und Verwaltungsrichtern, damit möglichst eine Rückführung aus der Erstaufnahmestelle erfolgt, ehe die Menschen an die Kommunen überwiesen werden.

(Beifall von der CDU)

Sie haben im Juni als Ministerpräsidenten verabredet, das zu machen. In dem Antrag, den Sie uns heute zur Abstimmung vorlegen, diffamieren Sie das als bayerischen Populismus. Sie selbst haben doch dieser Idee zugestimmt.

(Beifall von der CDU)

Meine Frage ist, warum Sie das nicht machen. Sie machen in Nordrhein-Westfalen etwas ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wir machen das! – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD] – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung. Herr Jäger, warum diffamieren Sie im Antrag genau diese Idee, wenn Sie es machen?

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe, dass das Unruhe bei Ihnen auslöst. Aber weshalb richten Sie als einziges deutsches Bundesland im Erstaufnahmeverfahren flächendeckend verpflichtende Amtshilfeersuchen an alle Kommunen? Erstaufnahme ist in geordneten Verhältnissen zuerst einmal Sache des Landes. Dann muss an die Kommunen überwiesen werden. Das sollten Sie auch in Nordrhein-Westfalen tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der eine Teil. Sie haben aus der Sicht des Flüchtlings gesprochen. Ich habe vor wenigen Tagen mit einer Caritas-Aktiven aus dem Kosovo gesprochen. Sie sagte mir: Wir sagen hier den Leuten: Verkauft nicht eure Häuser. Verkauft nicht euer Hab und Gut und gebt es den Schleppern, nur weil ihr glaubt, ihr habt in Deutschland eine Zukunft. Ihr werdet sie nicht haben. Das ist in Deutschland nicht so einfach, wie euch die Schlepper suggerieren. – Dann kommen das kosovarische Fernsehen und die Regierung. Sie informieren über die wirkliche Rechtslage in Deutschland. Dann sagen mir die Leute: Das könnt ihr alles sagen. Aber mein Nach-

bar ist seit zehn, zwölf Wochen dort. Er hat dieses und jenes erlebt. Es stimmt gar nicht, dass er nicht bleiben darf.

Die Wirkung, die man per Medien erzielen will, wird nur dann erzielt, wenn Sie gar nicht die Illusion erwecken, sie könnten auf diesem Wege doch einwandern.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Deshalb haben Sie recht. Sie brauchen eine Erstaufnahmeeinrichtung wie Bayern möglichst schnell auch in Nordrhein-Westfalen. Das ist der erste Schritt, den Sie machen können, anstatt hier zu reden.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Als zweiten Schritt brauchen Sie die schnelleren Verfahren. Sie wissen genau, bei sicheren Herkunftsländern gehen die Verfahren schneller. Dann sind die Fristen verändert.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie noch Nachbesserungswünsche haben, sollten wir das viel pragmatischer angehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Faktenfreier Unsinn, Herr Laschet!)

Dann müssen Sie in wenigen Wochen auf den Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung gehen und konkret sagen, diese, diese und diese Rechtsänderung brauchen wir noch, damit es besser funktioniert.

(Zurufe von der SPD)

Es ist nicht damit getan, sich als Ministerpräsidentin eines starken Landes hierhin zu stellen und mehr Geld vom Bund einzufordern. Sie müssen auch mitwirken, damit die Politik umgesetzt wird.

(Beifall von der CDU)

Für den dritten Punkt, das Einwanderungsgesetz, brauchen wir auch bei uns noch ein bisschen Überzeugungskraft. Ja, das stimmt. Sie brauchen für die Menschen, die als Arbeitsmigranten kommen wollen, eine legale und nach klaren Kriterien geordnete Zuwanderung über die Einwanderung, wenn Sie beim Asyl wirklich Klartext reden und entscheiden.

Man kann sich aber auch nicht hierher stellen und sagen, wir bräuchten einmal ein Einwanderungsgesetz. So ist es nun auch wieder nicht. Wir haben ein Einwanderungsgesetz. Es heißt: „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung“. Es ist ein rot-grünes Gesetz aus dem Jahr 2005. Wir haben ein Aufenthaltsgesetz.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

– Bitte?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jeden Fortschritt haben Sie damals blockiert!)

– Entschuldigung. Sie haben regiert. Das ist Ihr Gesetz. Dieser Name ist Ihr Titel.

(Beifall von der CDU)

Die Frau Ministerpräsidentin schafft es, bei jeder einzelnen Frage der Landespolitik zu sagen, der Bund solle sie lösen.

Als Sie im Bund regiert haben, schafften Sie es sogar, so zu tun, als wenn Sie nicht regiert hätten. Das ist ein besonderes Meisterwerk.

(Beifall von der CDU)

Aber ich wollte gar nicht das Gesetz kritisieren, Herr Mostofizadeh. Ich wollte nur beschreiben, dass wir es haben. Seit 2005 gibt es dieses Gesetz.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Das ist doch völlig wurscht. Frau Löhrmann, schaffen Sie es, bei einer solchen Frage einmal nicht parteipolitisch zu argumentieren, sondern ...

(Beifall von der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Es fällt Ihnen schwer.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Liebe Frau Löhrmann, es ist völlig gleichgültig, wer im Jahr 2005 bei welcher Bundesratsdrucksache wie gestimmt hat. Ich wollte gerade das Gesetz loben. Schaffen Sie es, ein Lob für ein rot-grünes Gesetz zu ertragen? Das wäre sehr freundlich.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Armin Laschet** (CDU): Nein, ich will einmal ein rot-grünes Gesetz loben, ohne von den Grünen und den Roten unterbrochen zu werden. Das muss doch möglich sein.

(Beifall von der CDU)

Es gibt dieses Gesetz, das Einwanderung möglich macht. Es gibt ein Aufenthaltsgesetz. Bei Frau Nahles sind 70 Mangelberufe aufgelistet, mit denen man heute einwandern kann.

Die Rechtsvorschriften sind viel zu kompliziert. Deshalb brauchen wir ein klares und transparentes neues Einwanderungsgesetz. Das ist doch eigentlich eine Frage, über die man sich verständigen kann, ohne dass man dauernd dazwischenrufen muss.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Sie brauchen doch nicht dauernd dazwischenzurufen!

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen das. Lassen Sie mich dazu nur eine Bemerkung machen. Als Sozialdemokraten würde ich bei dieser Frage nicht so laut schreien.

Ich habe 2011 eine Zuwanderungskommission mit dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden und Verteidigungsminister Peter Struck geleitet. Da waren alle Parteien drin. Wir hatten damals die Idee, einen Konsens hinzubekommen, und gedacht, manche der eher Konservativeren würden das Problem sein. Diejenigen, die das kritisiert haben, waren die Gewerkschaften, die gesagt haben: Moment einmal! Das ist typisch Industrie. Immer nur die Billigen und Willigen hereinholen. Wir wollen, dass noch der letzte Langzeitarbeitslose gefördert wird, dies und das gemacht wird, und dann reden wir über Zuwanderung.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wie war das mit „Kinder statt Inder“!)

Dass heute die SPD so vollmundig wie Herr Oppermann sagt, man wolle Zuwanderung knapp oberhalb des Mindestlohns, ist eher die Position des BDI und der FDP als die der Sozialdemokraten. Sie haben da einen weiten Weg hinter sich.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD] und Hans-Willi Körfges [SPD]: Kinder statt Inder!)

Ich bin nicht sicher, ob alle Gewerkschafter in diese Tonlage einstimmen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Etwas anderes fällt euch auch nicht mehr ein!)

Aber lassen wir doch, wenn wir diese Sauberkeit in den Systemen haben, die Unterscheidung „hier das Asyl, da die Einwanderung“ auch in unsere Praxis umsetzen. Das ist der Appell, den wir mit unserem Antrag an Sie richten.

Nun haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, in Ihrem Sommerinterview auf dem Schiff in Mülheim an der Ruhr gesagt:

(Zurufe von der SPD)

Klar ist, wenn Eltern sagen, mein Kind bekommt keinen Schulunterricht, oder wenn Vereine nicht mehr trainieren können, dass das dazu beiträgt, dass sich die Stimmung verändert.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ja, natürlich!)

Dieser Satz ist richtig. Die Stimmung kann sich verändern. Die Stimmung kann auch umschlagen. Und die Stimmung schlägt vor allem dann um, wenn Verwaltungsversagen, Organisationsversagen diese Willkommenskultur gefährden.

Deswegen war es eben nicht in Ordnung, dass Sie den Medien vorgeworfen haben, sie schrieben, dass die Stimmung umschlägt. Sie selbst haben es gesagt, und Ihr Handeln verursacht, dass die Stimmung umschlagen kann.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Bei einer Tour quer durch das Land hat mir ein Bürgermeister gesagt: Wir bekommen eine Weisung aus dem Schulministerium durch den Staatssekretär: Bitte stellt auch Turnhallen für Flüchtlinge bereit. Wir legen allerdings Wert darauf, dass der Sportunterricht in vollem Umfang erteilt wird.

(Heiterkeit von der CDU – Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Das können Sie in Aachen, in Köln oder in einer anderen großen Stadt sagen, weil in der Nachbarschaft noch eine Turnhalle ist. Aber in einem kleinen Ort, wo nur eine Turnhalle ist, lassen sie die Kommunen, die sich bemühen, es aber nicht schaffen, mit solchen Erlassen allein. Die Stärkungspaktkommunen sagen: Bitte, zieht doch die Flüchtlinge vor die Klammer, damit wir nicht demnächst wegen der Flüchtlinge Steuern erhöhen müssen. – Wenn Sie das nicht ändern, schlägt die Willkommenskultur um. Das ist unsere Angst, die uns bewegt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir sind doch in der Sache bezüglich der Aufnahme einig, aber ich habe die Sorge, dass so, wie Sie das machen, nicht mehr allzu lange die Bürgermeister, die Ehrenamtler bereit sind, diesen Dienst zu tun, wenn diese feststellen, dass die Politik sie alleine lässt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Jetzt kommt noch ein Zweites hinzu: Der Innenminister hat hier deutlich gemacht, dass wir mehr Flüchtlinge aufnehmen als Frankreich. Das ist eine große Leistung von Nordrhein-Westfalen. Er hat dann sogar gesagt: Wir nehmen mehr auf, als wir nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssten. – Das kann nun schlechterdings nicht sein.

(Zuruf von den PIRATEN: Die werden weitergeleitet!)

Wenn man dann der Frage nachgeht, warum das denn so ist, stellt man fest, dass das daran liegt, dass Sie, wie Sie es hier organisiert haben, nicht einmal alle Flüchtlinge erfassen können.

Der Oberbürgermeister von Dortmund hat Ihnen das doch ins Stammbuch geschrieben. Die schaffen 350 Registrierungen, danach werden die Menschen in die Kommunen überwiesen, und wir kommen nicht einmal nach, alle zu erfassen, die in Nordrhein-Westfalen sind. Deshalb ist die Last hier größer als in anderen Bundesländern. Und das betrifft Verwaltungshandeln.

(Zurufe von der SPD)

Wenn die anderen 15 Länder es schaffen, wenn das bayerische Grenz...

(Dietmar Bell [SPD]: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe es, dass es Sie, wenn man sozialdemokratische Oberbürgermeister zitiert, in Aufregung versetzt.

(Nadja Lüders [SPD]: Gerade mich!)

– Ja, gerade die Dortmunder Abgeordnete, das verstehe ich.

Aber ich bitte Sie, sich trotzdem einmal die Frage zu stellen: Wenn wir schildern, dass wir mehr als andere Bundesländer im Vergleich zum Königsteiner Schlüssel aufnehmen, dann machen es die anderen scheinbar richtiger. Sonst wäre es ja nicht bei uns so.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Zuruf von Nadja Lüders [SPD] – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir bitten Sie schlicht und einfach ...

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

– Frau Lüders, Sie wissen genau, dass das so ist. Deshalb haben Sie jetzt 100 Polizeibeamte hinzugezogen, die bei der Erfassung mithelfen. Ich hätte mir übrigens andere Verwaltungsmitarbeiter vorstellen können als ausgerechnet Polizeibeamte. Die brauchen wir in diesen Tagen gerade bei ganz anderen Dingen. Das wissen Sie auch.

(Beifall von der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Dann nennen Sie die doch einmal, die Sie meinen! – Ibrahim Yetim [SPD]: Er weiß es doch gar nicht!)

Dann kommt die dritte Aufgabe: Wie helfen wir den Kommunen bei den Kosten, die sie zu tragen haben?

Das ist für die Kommunen eine riesige Frage. Wir haben aus vielerlei Gründen in Nordrhein-Westfalen den höchsten Kommunalisierungsgrad in Deutschland. Deshalb geht es den Kommunen strukturell seit vielen Jahren, egal, wer regiert hat, schlechter als den Kommunen in anderen Ländern, weil sie mehr Aufgaben vor Ort übernehmen müssen.

Das fängt bei Kindergartenbeiträgen an. Da gibt es in Baden-Württemberg einen 9-%-Anteil, den Rest trägt das Land. Hier in Nordrhein-Westfalen sind ein Drittel der Kosten bei den Kommunen. Das gilt für vieles mehr.

Dass ausgerechnet diese Kommunen bei uns im Gegensatz zum Saarland, im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern, im Gegensatz zu Bayern nur maximal ein Drittel der Kosten erstattet bekommen, während in den anderen Ländern voll abgerechnet wird, ist nicht in Ordnung. Das müssen Sie ändern.

(Beifall von der CDU)

Das ist das große Problem, vor dem die Kommunen stehen. Wir müssen den Kommunen helfen, bevor sie am Ende Steuern erhöhen und dies der Öffentlichkeit gegenüber mit den Flüchtlingen begrün-

den. Wenn das passiert, geht genau das verloren, für das wir kämpfen, nämlich diese Willkommenskultur.

Wir sind an Ihrer Seite, Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie sagen: Wir werden das in diesem Land schaffen. – Ich glaube das auch. Dieses Land hat schon andere Herausforderungen bewältigt. Wir brauchen dafür aber einen entsprechenden Mechanismus und müssen erkennen, dass wir einen Krisenstab und andere Verwaltungsprozeduren als üblich benötigen. Wir müssen raus aus dem Trott unseres Verwaltungshandelns und wirklich schneller und konzentrierter entscheiden. Dann gelingt es uns auch, diese große Integrationsaufgabe zu leisten.

Daran wollen wir gerne mitwirken, wenn Sie dazu bereit sind. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Römer.

**Norbert Römer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerpräsidentin hat heute zu Beginn der Plenartagung eine wichtige und beeindruckende Rede gehalten.

(Zuruf von der CDU: Kommen Sie zum Schluss! – Michele Marsching [PIRATEN]: Geht so!)

Sie hat Grundsätzliches gesagt und vor allem Mut gemacht – für die Menschen, die zu uns kommen, und für die Menschen, die sich darum kümmern, dass die, die zu uns kommen, hier eine gute Aufnahme finden. Deshalb bin ich der Ministerpräsidentin dankbar dafür, dass sie diese wichtige, grundsätzliche Rede hier gehalten hat. Frau Ministerpräsidentin, Sie können sich sicher sein: Die Koalitionsfraktionen werden Sie und die Landesregierung bei dem Bemühen unterstützen, hier in Nordrhein-Westfalen dafür zu sorgen, dass die Menschen, die aus Not, Krieg und Elend zu uns kommen, hier gut aufgenommen werden. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben unsere Unterstützung dafür.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann sprach der Oppositionsführer Armin Laschet. Besserwisserisch, kleinkariert, streckenweise populistisch

(Klaus Kaiser [CDU]: Mach mal einen Spiegel auf!)

und weitgehend faktenfrei: Das war die Rede von Armin Laschet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, ich habe keinen roten Faden und kein Konzept in Ihrer Rede entdecken können – nichts, was auch nur den Anschein erwecken konnte, Sie wüssten, worüber Sie reden.

(Nadja Lüders [SPD]: Es gab ja auch keinen! – Christian Lindner [FDP]: Ich habe noch Ihre Debattenkultur in Erinnerung!)

Sie wissen ja noch nicht einmal, wie die Menschen nach Nordrhein-Westfalen kommen und hier aufgenommen werden müssen, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Ministerpräsidentin hat eine wichtige, beeindruckende, grundsätzliche Rede gehalten. Ich gebe es gerne zu: Ich wünschte mir, dass die Bundeskanzlerin diesem Beispiel folgen

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

und mit einer annähernd so beeindruckenden Rede den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erklären würde, was 800.000 Flüchtlinge oder vielleicht auch noch mehr in diesem Jahr und viele weitere 100.000 in den kommenden Jahren – und zwar Jahr für Jahr – für unser Land bedeuten werden.

Wenn sie sich dazu aufraffen würde, dann würde sie im Grunde genommen das Gleiche sagen müssen, was die Ministerpräsidentin schon heute diesem Hohen Haus und den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen gesagt hat:

(Zuruf von der CDU: Sie hat überhaupt nichts gesagt!)

Ja, wir stehen vor einer großen nationalen Bewährungsprobe. – Ob wir sie bestehen, werden wir erst in zehn Jahren – vielleicht auch erst in 20 Jahren – wissen; denn erst dann wird sich zeigen, ob wir zu jener sozialen und wirtschaftlichen Integrationsleistung imstande waren, die heute von uns verlangt wird.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ja, die Zahl der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2014 waren weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind fast 10 Millionen mehr als im Jahr davor und fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren.

Mehr als 7.000 Menschen treffen jede Woche in Nordrhein-Westfalen ein. Sie kommen, weil sie hier Schutz für sich und ihre Familien suchen, weil sie der Armut entrinnen wollen und weil sie auf ein besseres und selbstbestimmtes Leben für sich und ihre Kinder hoffen. Wir wollen ihnen helfen, soweit es geht und soweit es in unserer Kraft steht. Das wird in Nordrhein-Westfalen auch auf der Tagesordnung bleiben.

Für diese Hoffnung verkaufen sich Menschen an Schleuserbanden, und sie bezahlen dafür viel zu oft mit ihrem Leben – vor Kurzem noch 71 Menschen in einem Lkw in Österreich. Der Erzbischof von Köln und Kardinal Rainer Maria Woelki hat uns mit Recht vor falschen Reflexen gewarnt, als er feststellte – Zitat –:

„Mit dem Bau von Mauern und Zäunen lassen sich diese Probleme nicht lösen“.

Ich füge hinzu: Kein deutsches Gesetz über sichere Herkunftsländer wird auch nur einen Menschen von der Flucht aus großer Not abhalten können, meine Damen und Herren. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Niemand riskiert sein Leben und das seiner Kinder, weil er es auf Zuwendungen nach dem deutschen Asylbewerberleistungsgesetz abgesehen hat. Das entspricht doch nicht der Wirklichkeit; das ist dummes Geschwätz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hier eindeutig. Der Barbetrag für persönliche Bedürfnisse ist Teil des verfassungsrechtlich garantierten Anspruchs auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Ja, meine Damen und Herren, nicht jeder, der heute bei uns Zuflucht sucht, wird bleiben können.

Aber sehr viele – wahrscheinlich sogar die meisten – werden bleiben. Das bedeutet, dass sich unser Land verändern wird, dass es sich verändern muss. Darin liegt eine große Chance. Darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen. Die Geschichte der Migration lehrt uns, dass Einwanderungsgesellschaften dynamischer, innovativer, wirtschaftlich stärker sind als solche, die versuchen, sich abzuschotten.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Vorteile der Einwanderung erst langsam einstellen werden, und diese Vorteile wird es nicht umsonst geben. Sie verlangen von uns große Anstrengungen und sehr viel Geld: nicht erst in Jahren, sondern schon heute.

Wir stehen also vor großen Herausforderungen. Die administrative Herausforderung, Herr Kollege Laschet, besteht darin, die Flüchtlinge aufzunehmen, zu registrieren und ihre Asylverfahren einzuleiten. Zunächst brauchen sie Unterkünfte und eine medizinische Versorgung. All das muss ohne ein Mindestmaß an Planungssicherheit gelingen.

Noch Ende letzten Jahres hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ca. 230.000 Flüchtlinge für ganz Deutschland für 2015 prognostiziert. Schon im Februar musste die Bundesbehörde ihre Prognose auf 300.000 und im Mai nochmals auf 450.000

anpassen. Heute rechnet das BAMF mit einem Anstieg auf 800.000 Menschen für das Jahr 2015. Damit haben sich die Zugangszahlen innerhalb weniger Monate mehr als verdreifacht.

Die Verlässlichkeit der Planungsgrundlagen sinkt in gleichem Maße. Der Bundesinnenminister und sein zuständiges Bundesamt haben bereits eingeräumt, dass sie mit ihren Prognosen, die auch die Arbeitsgrundlage für die Bundesländer und die Kommunen bilden, völlig falsch lagen.

Müssen wir also als Land improvisieren? – Ja, selbstverständlich, meine Damen und Herren. Wissen wir als Land denn nicht, dass wir unseren Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Menge zumuten, wenn wir zum Beispiel sehr kurzfristig Notunterkünfte anfordern? – Selbstverständlich wissen wir das. Es geht aber doch nicht anders. Solange das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht in die Lage versetzt wird, Asylverfahren in längstens drei Monaten abzuschließen, lässt der Unterbringungsdruck nicht nach. Auch das gehört zur Wahrheit in dieser Angelegenheit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, das wissen Sie ganz genau, und trotzdem versuchen Sie, aus dieser Ausnahmesituation – das hat mich enttäuscht – landespolitisches Kapital zu schlagen.

Sie legen uns einen Antrag voller Placebos, Binsenweisheiten und Selbstverständlichkeiten vor und sprechen auch noch von Alternativkonzept.

Sie fordern, dass die Flüchtlingspolitik zur Chefsache wird. – Das ist sie längst – jedenfalls bei uns in Nordrhein-Westfalen. Jetzt wäre es endlich an der Zeit, dass auch die Bundeskanzlerin, die CDU-Vorsitzende, die Flüchtlingspolitik zur Chefsache machen würde. Da reicht eine Pressekonferenz nicht, Herr Kollege Laschet. Das muss schon in die Tat umgesetzt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik sind nichts, was man einfach wegmoderieren könnte, sondern erfordern politische Führung, auch in Europa. Es reicht nicht mehr, wirtschaftliche Hilfen für den Westbalkan nur in Aussicht zu stellen oder eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa anzumahnen. Taten sind gefordert, Herr Kollege Laschet, und Mut. Ich wünschte mir, dass die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, endlich den Mut aufbringen würde, die europäische Flüchtlingsfrage zu ihrer Sache zu machen, zur Sache der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, Sie fordern in Ihrem Antrag, Flüchtlinge aus dem Westbalkan bis zur Entscheidung über ihre Asylan-

träge bzw. bis zu ihrer Rückführung in den Unterküften des Landes zu belassen. Das haben Sie gerade wiederholt. – Natürlich ist das eine mögliche, eine erforderliche Maßnahme. Tatsächlich steht eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Innenministerium und dem BAMF kurz vor dem Abschluss.

Doch auch hier gilt, Herr Kollege Laschet: Die immer noch unzureichenden Kapazitäten des Bundesamtes sind das Nadelöhr, an dem diese Maßnahmen scheitern und bisher gescheitert sind.

(Beifall von Nadja Lüders [SPD])

Sie fordern 30.000 neue Plätze in Landesunterkünften und tun so, als könne man diese Plätze über Nacht bei Amazon bestellen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Muss ich Ihnen wirklich erklären, dass dem nicht so ist? Sie wissen das doch selbst. Herr Kollege Laschet, lassen Sie das sein!

Trotzdem ist es dem Land gelungen – da hätte ich mir von Ihnen ein Wort der Anerkennung gewünscht –, innerhalb eines Jahres die Anzahl der Regelplätze in seinen Einrichtungen um 500 % zu erhöhen. Mit allen Notunterkünften standen Ende August über 28.000 Plätze zur Verfügung. Mehrere Tausend weitere Plätze sind kurz- oder mittelfristig in der Planung.

Ich könnte Ihren Antrag Punkt für Punkt auseinandernehmen. Ich lasse es dabei. Die Wahrheit ist doch, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie würden nicht anders handeln als diese Landesregierung, weil Sie gar nicht anders handeln könnten.

(Zurufe von der CDU)

Und das wissen Sie. Deshalb sollten Sie die großartigen Leistungen, Herr Kollege Laschet, die auch von den Beschäftigten des Landes und der Kommunen Tag für Tag erbracht werden, um der Lage Herr zu werden, würdigen. Das in diesem Haus zu tun, wäre anständig, und es würde vor allen Dingen ein gutes Signal nach draußen sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Haushalt für das Jahr 2015 840 Millionen € für die Aufnahme, die Unterbringung und die Integration von Flüchtlingen insgesamt eingeplant.

Wir wissen heute: Das reicht nicht mehr. Zur Unterstützung der Kommunen – für Sprachkurse, für neue Lehrer, für zusätzliche Kinderbetreuung oder für Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration – wird das Land die Summe deutlich erhöhen. Die Ministerpräsidentin hat vorhin darauf hingewiesen: Ende September werden wir mit einem Nachtrag das Volumen um weiter 500 Millionen € erhöhen. Allein

durch die Veränderung der Stichtagsregelung wird das Land unseren Kommunen dabei zusätzlich über 200 Millionen € zukommen lassen.

Meine Damen und Herren, wir stellen uns nicht nur der Herausforderung, wir handeln auch. Und wir machen das mit Taten und auch mit den finanziellen Nötigkeiten, mit denen es erbracht werden muss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Doch liegt der Schlüssel – auch das wissen wir – zu einer echten Entlastung unserer Kommunen und zu einer nachhaltigen Lösung aller organisatorischen und finanziellen Herausforderungen in Berlin. Daran führt kein Weg vorbei: Der Bund muss endlich Teil einer Verantwortungsgemeinschaft werden, die in der Praxis bisher doch nur aus Ländern und Kommunen besteht. Das verlangt nicht weniger als eine Veränderung der Finanzordnung.

Wir haben in unserem Entschließungsantrag, Herr Kollege Laschet – wer lesen kann, ist klar im Vorteil – dargelegt, was eine solche Reform beinhalten müsste: Pauschalbeträge pro Asylbewerber, die Übernahme ihrer Gesundheitskosten, die Finanzierung der Unterbringung sowie Betreuung und Integration der unbegleiteten Kinder. Unser Entschließungsantrag zeigt doch auf, was darüber hinaus für eine verbesserte Aufnahme und erfolgreiche Integration getan werden kann und getan werden muss.

Die Einführung einer Gesundheitskarte in Nordrhein-Westfalen ist ein großer Erfolg. Andere Länder werden sich daran ein Beispiel nehmen, meine Damen und Herren. Auch das hätten Sie, Herr Kollege Laschet, in Ihrem Wortbeitrag nach der Rede der Ministerpräsidentin würdigen können.

Ja, auch das füge ich – Sie haben das eingeräumt und gesagt, es bräuchte noch ein bisschen Überzeugungsarbeit in der CDU – noch einmal hinzu: Wir brauchen jetzt endlich ein Einwanderungsgesetz in Deutschland; denn durch ein solches Gesetz könnten wir die Einwanderung steuern, die Zahl der Asylverfahren verringern und beschleunigen.

Die Kanzlerin muss sich in dieser Frage bewegen – genauso, Herr Kollege Laschet, wie die gesamte CDU. Und dazu könnten Sie einen Beitrag leisten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen jetzt einen gesellschaftlichen Konsens, um die gewaltige Integrationsleistung zu vollbringen, die mit all ihren Kosten, mit all ihren Anstrengungen auf uns zukommt.

Die Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Konsens ist ein politischer. Deshalb bin ich enttäuscht darüber, dass der Herr Kollege Laschet, der vor einem Jahr in diesem Hohen Hause noch einen anderen Eindruck hinterlassen hat, sich jetzt diesem Konsens entziehen will. Es wäre besser gewesen, Herr Kollege Laschet, wenn Sie klargemacht hätten,

dass wir gemeinsam diese wichtige Aufgabe hier in Nordrhein-Westfalen stemmen würden. Das wäre auch ein gutes Signal an die Menschen im Land.

Wir sollten jedenfalls, meine Damen und Herren, dankbar dafür sein, dass sich in Nordrhein-Westfalen so viele Menschen um dieses Problem kümmern. Sie sind ein Grund dafür, dass die Ministerpräsidentin zu Recht gesagt hat: Auf die Menschen in unserem Land sind wir stolz, können wir stolz sein. Wir sind ihnen dankbar dafür, diese große Leistung für die Flüchtlinge zu erbringen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren – wir wissen das –, sagen wir überall: Flüchtlinge bringen nicht nur Probleme und Sorgen mit nach Nordrhein-Westfalen. Sie bringen auch Hoffnungen und neue Chancen für unser Land. Also: Sie sind eine Herausforderung; aber wenn wir diese Einwanderung auch als Chance für unser Land sehen, dann bin ich sicher, dass wir diese Probleme gemeinsam meistern werden. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Unterrichtung der Ministerpräsidentin gehört. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben emotional Begegnungen geschildert, die Sie als Willkommenskultur bezeichnet haben. Sie haben das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger gelobt. Ich kann Ihnen sagen, dass wir bei zahlreichen Gesprächen die gleichen Erfahrungen gemacht haben. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich möchte für die Freien Demokraten auch unterstreichen, dass wir uns eindeutig und uneingeschränkt zu unserer humanitären Verpflichtung bekennen, verfolgten Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Diese Menschen, meine Damen und Herren, brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität.

(Beifall von allen Fraktionen)

Es sollte auch der Konsens aller anständigen Demokraten sein, dass Humanität kein Preisschild hat.

Wenn wir jetzt über die aktuelle Situation sprechen, müssen wir natürlich auch darüber sprechen, dass es Ängste und Sorgen bei der Bevölkerung gibt, die sich auf der Basis der prognostizierten Zahlen kein Bild machen können, was auf sie zukommt. Wenn wir über Ängste und Sorgen sprechen und hier über die Inhalte diskutieren, dann ist eines ganz wichtig, dass wir nämlich ohne Ressentiments diskutieren. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das hat

nichts mit „Political Correctness“ zu tun, sondern das ist die Grundlage unserer freien Gesellschaft.

Es ist großartig, wie viele Menschen sich auf den verschiedenen Ebenen ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Sie haben sie in verschiedenen Facetten genannt, Frau Ministerpräsidentin. Das müssen wir wertschätzen.

Wir sind uns hier, glaube ich, einig: Das Boot ist nicht voll. Aber, meine Damen und Herren – das gehört auch zur Wahrheit dazu –: Das Boot wird heute sehr schlecht gesteuert. Und dafür tragen Sie, Frau Ministerpräsidentin,

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

hier in Nordrhein-Westfalen die Mitverantwortung. Es ist Ihr Innenminister, der bis heute kein schlüssiges Gesamtkonzept für die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen vorlegen konnte. Es ist Ihr Innenminister, der eine völlig überforderte Bezirksregierung lange Zeit hat vor sich hin dilettieren lassen. Es ist Ihr Innenminister, der monatelang falsche Prioritäten gesetzt und Warnungen auch aus dem eigenen Haus ignoriert hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Leidtragende sind einerseits Flüchtlinge in den Unterkünten, aber es sind insbesondere auch die Kommunen – gerade die kleinen – die jetzt teilweise binnen Stunden Unterbringung auf Zuruf organisieren müssen, wenn sie per Amtshilfe dazu verpflichtet werden. Registrierungen, ärztliche Untersuchungen – das bleibt dann oftmals auf der Strecke.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben – wenn Sie hier wären, könnte ich das Ihnen auch persönlich sagen –

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft [in den Regierungsbänken stehend]: Ich höre Ihnen zu!)

heute die finanzielle Entlastung der Kommunen angedeutet. Die Anpassung der Flüchtlingspauschalen auf den 01.01.2015 ist ein richtiger Schritt.

Er kommt jedoch – das füge ich hinzu – viel zu spät. Wir haben das bereits vor einem Jahr gefordert. Es ist bedauerlich – das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen –, dass Sie Ihre ursprüngliche Ankündigung, Ihr Versprechen vom ersten Flüchtlingsgipfel, dass wir, die Regierung und die Opposition hier in diesem Hause, aufgrund der hohen Verantwortung bei diesem Thema die Flüchtlingspolitik gemeinsam machen, nicht eingehalten und Ihr Wort gebrochen haben. Wir könnten heute viel, viel weiter sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Frau Ministerpräsidentin, wir hatten erwartet, dass Sie hier heute konzeptionell und ein bisschen konkreter Stellung beziehen, wie sich Nordrhein-Westfalen zu den anstehenden Grundsatzfragen der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik verhält. Da gibt es verschiedene Themen und verschiedene Fragestellungen, die in Bälde auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern verhandelt werden. Da hätte ich gerne gewusst, wie wir als Land Nordrhein-Westfalen uns verhalten.

Sie haben zu den sicheren Herkunftsländern hier ausgeführt, allerdings auch nur in Andeutungen: Da müsse man noch einmal prüfen. Ich kann nur den grünen Oberbürgermeister von Tübingen zitieren, der heute laut einem Zitat in der „FAZ“ gemeinsam mit Jens Spahn gesagt hat, dass es ein starkes Signal wäre, wenn man die Balkanländer vollständig zu sicheren Herkunftsländern erklären würde.

Herr Römer, sie haben eben ausgeführt, das würde alles nichts bringen. – Die Zahlen sehen aber anders aus. Im Durchschnitt kommen aus den Ländern auf dem Balkan, die wir zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben, 23 % mehr, aus den anderen sind es 515 % mehr. Wenn Sie da sagen, das hätte keine Auswirkungen, dann können Sie schlichtweg nicht rechnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, ich hätte mir gerade hier auch etwas Konkretes gewünscht auf die Frage, wie der Stau von über einer Viertelmillion anhängiger Anträge abgebaut werden soll. Ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie Sie sich vorstellen, wie die Verfahren gestrafft werden sollen – außer, dass es mehr Entscheider geben soll. Wir müssen auch noch wissen, wo die Entscheider herkommen sollen.

Für Sie wäre es doch eine Entlastung, arbeitete man klar heraus, dass die Hauptverantwortung für diese Situation natürlich beim Bund liegt. Insofern greift auch die Kritik der CDU hier heute zu kurz, die in ihren Anträgen die Verantwortung allein beim Land ablädt. Es ist Ihr Bundesinnenminister de Maizière, der die ganze Zeit zugeschaut hat und nicht genügend Entscheider eingestellt hat.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Es ist Ihr Innenminister, der nicht genügend Personal besorgt hat. Und es ist Ihr Innenminister – das möchte ich auch noch einmal ganz deutlich sagen –, der sich lange Zeit dagegen gewehrt hat, das Quotenmodell für Europa einzuführen. Er hat viel zu lange an Dublin festgehalten. Und das ist dann auch in Ihrer Verantwortung, Herr Laschet, der Sie ja nun auch Bundesvize der Union sind. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie in dieser Sache auch ein bisschen Einfluss in Berlin geltend gemacht hätten, weil das alles etwas ist, was uns hier insgesamt betrifft.

(Beifall von der FDP)

Aber wir kommen nicht weiter, wenn wir auf der einen Seite Rot-Grün haben, die nur auf den Bund zeigen, und auf der anderen Seite die CDU haben, die nur auf das Land zeigt. Deswegen müssen wir dieses kleinkarierte Denken überwinden.

Wir als Freie Demokraten haben uns hingesetzt und Ihnen in Form unsers Antrags ein Gesamtkonzept vorgelegt, in dem wir uns sowohl an den Bund als auch an das Land richten, in dem wir mit verschiedenen Vorschlägen eine tragfähige Lösung anbieten. Wir wären sehr dankbar für – deswegen stellen wir das auch nicht zur sofortigen Abstimmung – eine vernünftige und konstruktive Beratung in den Gremien, wie Sie das von uns gewohnt sind. Wir machen Ihnen – auch aus der Opposition heraus – erneut das Angebot, zu einer gemeinsamen Haltung in Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Meine Damen und Herren, für uns stehen bei diesem Gesamtkonzept drei Punkte ganz besonders im Vordergrund.

Der erste Punkt: Wir sind der Meinung, dass der Bund als Gesetzgeber für die Gesamtkosten der Flüchtlingspolitik die Verantwortung tragen sollte. Dann kann sich das Land darauf konzentrieren, in erster Linie die Landeseinrichtung für die Flüchtlingsunterbringung zu ermöglichen, sodass wir hier wieder zu geregelten Verfahren kommen können und am Ende die Kommunen diejenigen sind, die vor Ort die anerkannten Flüchtlinge integrieren. Das muss das Ziel sein. Das ist für uns der wesentliche Punkt, auf den wir zuarbeiten.

(Beifall von der FDP)

Wir wissen natürlich, dass das nicht von heute auf morgen gehen wird. Aber die Kostenübernahme durch den Bund wäre eine Grundvoraussetzung, um Druck hineinzubekommen. Denn wenn der Bund selber spürt, was das kostet, dann werden sicherlich auch die Entscheidungen schneller gehen.

Der zweite Punkt, den wir vorgeschlagen haben: Wir wollen aus der ungesteuerten Zuwanderung vom Westbalkan eine gesteuerte Einwanderung gestalten. Dazu brauchen wir neben den sicheren Herkunftsländern nach unserer Auffassung auch, zumindest temporär, die Einführung einer Visumpflicht. Wir wollen damit aber nicht, meine Damen und Herren, eine Abschottung verbinden, so wie es die CSU macht, die im Jargon von Missbrauch usw. spricht.

Wir sind der Meinung, dass es unfair ist, auf der einen Seite von Missbrauch zu sprechen, wenn man auf der anderen Seite keine legale Zuwanderungschance schafft und nur die Möglichkeit über das Asylrecht bleibt, was dafür jedoch nicht vorgesehen ist.

Insofern sagen wir: Wenn bestimmte Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft sind und entsprechende Visaregelungen vorliegen, wollen wir in die-

sen Ländern zusammen mit Jobagenturen und mit den Wirtschaftsverbänden eine Jobbörse organisieren, damit Unternehmen aus Deutschland dort Arbeitsplätze anbieten und Arbeitsverträge gestalten können.

So haben die Menschen die Chance, nicht mehr als Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu müssen, sondern als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu uns kommen können. Das ist eine riesengroße Chance für unser Land, aber auch für viele der Menschen aus diesen Ländern, die sich gerne eine Zukunft bei uns aufbauen wollen.

(Beifall von der FDP)

Im Moment haben wir die Situation, dass beispielsweise das Handwerk händeringend nach Arbeitskräften sucht und sich nach Möglichkeiten umschaut, auch Flüchtlinge zu akquirieren. Da kommen Tausende junger Albaner, blockieren die Unterkünfte, stecken in den Verfahren, obwohl sie eigentlich gar kein Asyl wünschen, sondern arbeiten wollen.

Hier laufen zwei Ströme aneinander vorbei. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese miteinander verbunden werden. Wenn Sie sich einmal die Entwicklung der Flüchtlingszahlen aus dem Westbalkan anschauen, dann wissen Sie alle, dass dieser Vorschlag ein Schlüssel zur Lösung der derzeitigen Situation ist.

Frau Kraft, Sie haben eben sehr emotional das Bild einer jungen albanischen Mutter mit ihren Töchtern angeführt, die perspektivisch hier arbeiten möchte. Genau um solche Beispiele geht es uns: Wir möchten, dass solche Fälle nicht mehr in das Asylverfahren müssen, sondern dass sie von vornherein als Arbeitnehmer kommen können.

Das gilt im Übrigen auch für Roma.

Wir können uns flankierende Maßnahmen seitens der Europäischen Union vorstellen, zum Beispiel Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort. Wir müssen vermeiden, dass Familien hierherkommen, die nicht individuell politisch verfolgt sind, die als Minderheit auf dem Balkan schlechter gestellt sind. Sie kommen hierher, befinden sich im Asylverfahren, sind integriert – und dann, wenn nach einer bestimmten Zeit die Abschiebung kommt, werden sie aus den ganz neu gewonnenen sozialen Verhältnissen wieder herausgerissen. Das kann doch nicht unser Anspruch sein.

Deshalb unterscheiden wir nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen. Uns geht es immer um die Menschen. Aber wir müssen schauen, welcher Rechtsstatus betroffen ist. Und hier gibt es nun einmal zwei Möglichkeiten: Da ist zum einen die politische Verfolgung, und dafür gibt es das Asylrecht. Dann gibt es zum anderen Leute, die sich eine bessere Lebensperspektive verschaffen wollen, und dafür brauchen wir ein Einwanderungsrecht.

Weil wir hierbei auf Herrn Laschet und die CDU nicht warten können, brauchen wir bilaterale Abkommen mit den Ländern vom Balkan.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Um von dieser Viertelmillion Altanträge wegzukommen, haben wir zum Dritten vorgeschlagen, über die pauschale Anerkennung für Menschen aus dem Irak, aus Eritrea und vor allem aus Syrien nachzudenken. Herr Minister, die Situation sieht doch so aus: Wenn wir alle drei Länder zusammennehmen, sind bei 40.000 Einzelfallentscheidungen im ersten Halbjahr ganze 45 Personen nicht anerkannt worden. Deswegen wäre es sinnvoll, bei den anhängigen Verfahren pauschal zu positiven Entscheidungen zu kommen.

Wir brauchen darüber hinaus weitere Entscheider beim BAMF. Da können wir nicht warten, bis irgendwann – 2015 oder 2016 – alle Planstellen ausgeschrieben und möglicherweise Bewerber vorhanden sind. Wir brauchen diese Stellen jetzt, denn gerade jetzt ist die Situation in den Kommunen schwierig. Daher brauchen wir gestraffte Verfahren.

Deshalb sind wir der Meinung, dass jetzt jeder verfügbare Beamte auf Bundesebene – in den Ministerien, in den Behörden – in das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet werden muss, um dort bei der Bearbeitung der Anträge Hilfe zu leisten und als Entscheider zu arbeiten, wenn er dazu befugt ist. Hier können wir uns beispielsweise auch Mitarbeiter vom Zoll vorstellen.

Ein Ende der Überfüllung von Flüchtlingsunterkünften ist deutlich wichtiger als die flächendeckende Kontrolle von Arbeitszeit und Dokumentationsformularen.

(Beifall von der FDP)

Ich denke, wir sind uns im Hause einig: Es gibt einfach Situationen, in denen die richtigen Prioritäten gesetzt werden müssen.

Wir beschränken uns nicht nur auf den Bund – das hatte ich bereits gesagt –, sondern wir richten uns auch an das Land. Gemeinsam müssen wir prüfen, wo wir zusätzliche Landeseinrichtungen errichten können. Ich sage es Ihnen als Bonner Abgeordneter – weil immer gesagt wird: Nur nicht bei mir! –: Ich wäre dankbar, wenn wir am einzigen UN-Standort in Deutschland in der Nähe des UN-Campus eine große Erstaufnahmeeinrichtung für Nordrhein-Westfalen etablieren könnten. Das wäre ein wichtiges Symbol, auch international.

Wir wollen – das haben wir immer wieder verlangt – endlich ein vernünftiges Notfallkonzept seitens des Landes für die Situation, dass in Unterkünften Krankheitsfälle auftreten. Einige Male haben wir es jetzt schon erlebt, dass Einrichtungen komplett freigezogen worden sind, weil ein einzelner Krankheits-

fall aufgetreten ist. Mit vernünftiger Quarantäne wäre so etwas zu verhindern.

Es gibt Einrichtungen, die schon so vorgehen; es gibt auch Gesundheitsämter, die sich hier kooperativ verhalten. Es gibt allerdings auch andere Gesundheitsämter, die hier sehr strikt handeln. Hier fehlt eine einheitliche Regelung. Das, lieber Herr Innenminister, sollten Sie einmal mit Ihrer Kabinettskollegin besprechen, damit wir endlich zu einem Ergebnis kommen, nachdem wir dies nun schon seit über einem Jahr fordern.

(Zuruf von der Regierungsbank)

Es gibt weitere Beispiele; wir haben ja einen ganzen Katalog genannt. Frau Ministerpräsidentin, wir hätten das Ganze schon gerne auf einem weiteren Flüchtlingsgipfel besprochen. Das ist jedoch ausgeblieben.

Ich habe mich sehr gewundert, mit welcher Nonchalance sich die deutsche Politik in die Sommerpause verabschiedet hat. Sie haben vorhin den Ehrenamtler genannt, der auf seinen Urlaub verzichtet hat, weil er jetzt hier gebraucht wurde. Die deutsche Politik wäre in der Sommerpause auch gebraucht worden. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn wir hier gemeinsam viel schneller gehandelt hätten.

(Beifall von der FDP)

Wir stehen dafür zur Verfügung und erneuern hiermit unser Angebot. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst der Ministerpräsidentin für ihre klaren Worte am heutigen Tage danken. Sie können sicher sein, dass das, was der Kollege Römer gesagt hat, für die gesamte Koalition gilt: Wir werden den Kurs, den Sie hier beschrieben haben, eins zu eins und mit aller Kraft unterstützen, und Sie können sich unserer Unterstützung nicht nur bei den Haushaltsberatungen, sondern auch bei den schwierigen Verhandlungen im Bundesrat und darüber hinaus sicher sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Roberto Blanco war immer ein wunderbarer Neger.“ Dieser Satz stammt nicht etwa von Heinrich Lübke, sondern es ist der Beitrag des bayerischen Innenministers zur Debatte um Vertreibung und Flucht. Dieser Satz ist aus meiner Sicht eine traurige Offenbarung – genauso traurig wie die drei Tage, die die Kanzlerin brauchte, um sich zu Heidenau zu äußern,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Wir reden aber schon über Nordrhein-Westfalen, oder?)

und jene drei langen Tage, die die NRW-CDU zu dem Abtauchen ihrer Kanzlerin geschwiegen hat.

(Armin Laschet [CDU]: Was?)

Das ist ebenso eine Offenbarung wie die Methode, die Sie heute mit Ihren Anträgen vortragen frei nach dem Motto: Der Bund macht alles richtig,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Wir reden aber von Nordrhein-Westfalen, oder?)

die Kommunen stehen am Abgrund, weil der Innenminister und die Landesregierung alles falsch machen.

(Armin Laschet [CDU]: Welcher Innenminister?)

Komisch ist nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihre Parteifreunde in den anderen Bundesländern ein völlig anderes Bild von der Lage zeichnen, als Sie das hier in Nordrhein-Westfalen tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Berlins Innensenator Frank Henkel sieht in der steigenden Zahl von Asylanträgen für alle Bundesländer eine große Herausforderung. Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon – auch ein CDU-Kollege – spricht von einem übergesetzlichen Notstand, weil im Sommer 900 Flüchtlinge ins Saarland gekommen sind. Und genauso verhält sich Ihre Parteifreundin Klöckner aus Rheinland-Pfalz. Sie sagt wörtlich: Natürlich wird es mehr Geld vom Bund geben müssen.

(Armin Laschet [CDU]: Logisch!)

Da sage ich nur: Chapeau, Frau Klöckner! Sie setzen sich für Ihr Bundesland ein, während Ihr Kollege in Nordrhein-Westfalen die Landesregierung beim Bund anschwärzt und damit zulasten des Landes Nordrhein-Westfalen handelt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Armin Laschet [CDU]: Ach!)

Haben Sie eigentlich nicht selbst den Widerspruch in Ihrem Antrag gesehen? Einerseits beschreiben Sie lang und breit die Fehleinschätzung der Flüchtlingszahlen durch die Bundesregierung ohne jede Kritik an diesem Prognosefiasko, andererseits feuern Sie jede Breitseite auf die Landesregierung.

Fakt ist Folgendes: Wir und die Landesregierung haben zu keinem Zeitpunkt den Zahlen aus Berlin geglaubt. Wir haben schon zu Beginn des Jahres deutlich höhere Prognosezahlen für unsere Arbeit zugrunde gelegt, als es in Berlin der Fall gewesen ist.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, aber immer noch zu niedrig!)

Deswegen – die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen – haben wir für die Schulen schon im Frühjahr 674 zusätzliche Stellen im Grundbedarf und weitere 300 Stellen im Lehrerinnenbereich bereitgestellt, um Deutschkurse durchführen zu können. Hätten wir den Prognosen des Bundes geglaubt, dann wären wir in jenem Notfallmodus, den Sie uns in dem Antrag vorwerfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da sich der Kollege Laschet offensichtlich nicht einmal zwei Minuten lang fünf Zahlen merken kann, möchte ich das wiederholen, was die Ministerpräsidentin hier vorgetragen hat: Wir werden in einem Nachtragshaushalt, sofern ich es richtig zusammengezählt habe, 500 bis 600 Millionen € zusätzlich bereitstellen. Wir schaffen allein 2.625 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer und 250 zusätzliche Stellen für Polizistinnen und Polizisten. Da müsste Theo Kruse eigentlich Tränen in den Augen haben; dort werden rund 1.900 Stellen bereitgestellt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Weitere 400 zusätzliche Stellen schaffen wir für die Registrierung von Flüchtlingen.

All das hat die Ministerpräsidentin vorgetragen, aber Sie sagen, es habe nichts Konkretes gegeben. Wie viel konkreter soll es denn noch werden, Herr Laschet?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Viel konkreter!)

Die Koalitionsfraktionen haben bereits entschieden – auch das hat die Ministerpräsidentin vorgetragen –, den Stichtag vorzuziehen. Allein diese Maßnahme bringt über 200 Millionen € mehr für die Kommunen. An eines möchte ich in dem Zusammenhang erinnern: Wir haben jetzt 50-mal mehr Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen als noch im Jahre 2007, als ein gewisser Armin Laschet Integrationsminister des Landes war.

(Armin Laschet [CDU]: Da gab es überhaupt keine Flüchtlinge!)

Damals haben Sie nicht gehandelt, und jetzt machen Sie uns Beine bei einer Geschichte, die Sie mit verursacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch Folgendes: Noch perfider ist eine andere Sache, die Sie uns hier auftischen. Ich meine die Unterscheidung zwischen sogenannten Wirtschaftsflüchtlingsen auf der einen Seite und jenen Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, auf der anderen Seite.

(Armin Laschet [CDU]: Wer hat denn das Wort „Wirtschaftsflüchtling“ gesagt?)

Herr Laschet, wissen Sie eigentlich, wer der erste Wirtschaftsflüchtling war,

(Armin Laschet [CDU]: Wer hat denn überhaupt „Wirtschaftsflüchtling“ gesagt? Das Wort ist überhaupt nicht gefallen! Polemiker!)

der in der Geschichte beschrieben wurde? – Es war jener Abraham,

(Armin Laschet [CDU]: Ach was!)

der Urvater des Judentums, des Islams und des Christentums, beschrieben im 1. Buch Mose, Kapitel 12, Vers 10, der von Kanaan nach Ägypten geflüchtet ist, weil in Kanaan eine große Hungersnot geherrscht hat. Ich kann nur jedem Christen und jeder Christin – jedenfalls den katholischen – zurufen: Hören Sie lieber auf Papst Franziskus – dann hören Sie etwas Vernünftiges zum Thema „Flüchtlinge“ – und nicht auf Armin Laschet aus Aachen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Unverschämtheit!)

Dieser Armin Laschet zündet an einem Tag im Kölner Dom eine Kerze für die 23.000 ertrunkenen Flüchtlinge an, um nur wenige Tage später die Kürzung des Taschengeldes zu fordern.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Es steht Ihnen kein Spott zu! Es steht Ihnen nicht zu, darüber zu spotten! Das ist eine Unverschämtheit!)

Und, Herr Kollege Laschet, dann wollen Sie diese Taschengeldforderung auch noch einsammeln.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Armin Laschet [CDU] verlässt demonstrativ den Plenarsaal.)

Ich frage Sie auch noch: Herr Kollege Kruse, was nutzt es denn, wenn Sie eine Kleine Anfrage stellen und sich erkundigen, welche ...

(Christian Lindner [FDP]: So eine Peinlichkeit! Schaffen Sie das aus der Welt!)

– ach, Herr Kollege, Sie sind ja noch einmal dran – ... Auswirkungen die Flüchtlingsheime auf die Straftaten in Nordrhein-Westfalen haben? Der Innenminister hat das aus meiner Sicht sorgsam beantwortet. Was wollen Sie denn damit erreichen? Welches gesellschaftliche Klima wollen Sie denn damit beschreiben? Ich frage mich das.

Nein, Fluchtursachen bekämpft man nicht mit Ressentiments, auch nicht mit einer symbolischen Debatte über die sogenannten Herkunftsländer, sondern mit konkreten Maßnahmen in jenen Ländern, aus denen diese Flüchtlinge kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch – da stimme ich der Ministerpräsidentin zu –: Ja, wir müssen die anderen Länder in Europa an ihre Aufgabe erinnern, auch Flüchtlinge aufzunehmen. Eine vernünftige Quote, sodass alle Länder in Europa ihren Beitrag leisten, ist richtig.

Aber wir können diesen Streit nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen. Wir müssen humanitär handeln und müssen in Europa dafür sorgen, dass die anderen Länder ihren Beitrag genauso leisten, wie Deutschland es tut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich frage mich – ein paar Leute schicken Sie ja immer mal nach Albanien –: Warum sorgt Frau Merkel nicht dafür, dass Beamtinnen und Beamte nach Albanien, in den Kosovo oder in die anderen Staaten des Balkans ziehen, um dort den Aufbau zu kontrollieren und zu forcieren? Warum können wir eine Troika nach Griechenland schicken, die das Steuersystem überwacht, und keine Troika in diese Staaten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Statt eine Scheindebatte über sogenannte zusätzliche sichere Herkunftsländer zu führen, brauchen wir praktische Hilfe, damit der Balkan nicht zusammenbricht.

Ich frage auch: Warum kann man 26 Milliarden € zur Rettung der Hypo Real Estate bereitstellen und ist bis heute nicht in der Lage, einen zusätzlichen Cent für die Hilfe für Flüchtlinge in den Kommunen und Ländern bereitzustellen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Warum jetzt dieses Zeitspiel der Bundesregierung? Ein Flüchtlingsgipfel am 24. September ist frei nach dem Motto: Die Hütte brennt, und die Einsatzleitung überlegt, ob sie in dreieinhalb Wochen ausrücken soll.

Warum jetzt der Versuch, eine Grundgesetzänderung ins Spiel zu bringen? Wir brauchen das Grundgesetz nicht zu ändern. Schaffen Sie das Asylbewerberleistungsgesetz ab! Dann kann der Bund schlicht für die sozialen Leistungen einspringen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Herr Laschet, was sagen Sie denn einem Bürgermeister, wenn er Sie fragt, warum die Bundeskanzlerin nicht daran arbeitet? Sie müssen die Frage nicht an Frau Kraft adressieren. Wir sind uns doch hier im Rund eigentlich einig, dass das Aufgabe des Bundes ist und Sie in Berlin tätig werden müssten.

Genauso peinlich finde ich den Vorschlag, den Herr Schäuble – bzw. ich weiß nicht mehr genau, wer es war – jetzt ins Spiel gebracht hat, aus den Überschüssen des Bundes in diesem Jahr einen so-

nannten Hilfsfonds einzurichten. Wir brauchen keine Förderung nach Gutsherrenart. Wir brauchen jetzt eine schnelle und strukturelle Unterstützung für die Finanzierung der Flüchtlingsaufgaben.

Ich sage Ihnen auch Folgendes – es ist ja nachzulesen in den Protokollen des Bundesrates –: Das Bundeskanzleramt hat schon vor Monaten zusätzliche Hilfe versprochen. Bis zum heutigen Tag ist nichts passiert. Am Wochenende konnte man in der „FAZ“ lesen, dass im Kanzleramt ein Papier vorliegt, nach dem man von 6 Milliarden € Mehrkosten ausgeht. Ich gehe eher von 8 bis 10 Milliarden aus. Aber selbst wenn man die 6 Milliarden € zugrunde legen würde, kämen wir auf 1,25 Milliarden € Entlastung für Nordrhein-Westfalen. Das sind die Summen, über die wir in diesem Hause reden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nun komme ich zu den Asylverfahren. Natürlich sind die schleppenden Asylverfahren ein ganz wichtiger Punkt. Denn daran hängt tatsächlich die schnelle Integration derjenigen, die hier Asyl bekommen, schnelle Klarheit für diejenigen, die eben nicht hierbleiben können und wieder gehen müssen, und auch die Frage, ob die Aufnahmekapazitäten der Länder und Kommunen entlastet und eben leistungsfähiger werden.

Der bürokratische Aufwand muss tatsächlich weg. Ich sage Ihnen auch, wo. Wir brauchen keine sinnlosen Dublin-Verfahren, weil die Leute sowieso nicht zurückgeführt werden können. Wir brauchen keine dreijährige obligatorische Überprüfung, ob ein Asylantrag immer noch standhält.

Wir brauchen – das sage ich in aller Deutlichkeit – eine Altfallregelung für all jene Menschen, die seit mehr als einem Jahr in Deutschland leben. Dann würde hier sehr viel Bürokratie abgebaut.

(Beifall von den GRÜNEN)

All diese Verfahren sind reine Selbstbeschäftigung der Verwaltung zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger und führen nicht dazu, dass die Menschen hier bessere Verfahren bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal: „Roberto Blanco war immer ein wunderbarer Neger.“ Das ist das Menschenbild, das die CDU im Moment offensichtlich immer noch lähmt, vernünftig zu handeln. Das ist die Tradition in der Anti-Doppelpass-Kampagne von Roland Koch.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Das ist die Tradition der Kampagne von Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“.

Auch Herr Laschet hat heute die Frage der sicheren Herkunftsländer – aus meiner Sicht eine Scheindebatte – in den Vordergrund gestellt, statt sich um die konkreten Maßnahmen, wo wir helfen können, zu kümmern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist jetzt mehrfach gesagt worden – nicht nur von mir und von der Ministerpräsidentin, sondern auch der Kollege Stamp hat es angesprochen –: Nicht nur die Kirchen, sondern auch die Wirtschaft stehen inzwischen mit völligem Unverständnis vor einer solchen Haltung. Wir fordern Sie zusammen mit IHKs und Wirtschaftsverbänden auf: Kommen Sie aus der Ideologiefalle heraus! Sorgen Sie dafür, dass die Zugangsschranken am Arbeitsmarkt fallen! Denn Bäcker, Schlosser und viele andere Handwerker brauchen Lehrlinge. Sie brauchen Flüchtlinge, die ohne aufwendige Verfahren einen vernünftigen Aufenthaltstitel bekommen und diese Tätigkeiten aufnehmen können. Dasselbe gilt für Studierende.

Neben der Zuwanderung über das Asylrecht brauchen wir auch – es ist mehrfach gesagt worden, Herr Kollege Laschet hat es konkret angesprochen – legale Zuwanderung. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen: Das Asylrecht ist für uns unantastbar. Es ist ein Individualrecht, das mit der Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland nur zum Teil zu tun hat.

Neben der Armutszuwanderung brauchen wir vor allem eine Zuwanderung in die Arbeitsmärkte.

Ganz peinlich wird es, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Gesundheitsversorgung geht. Vor mehr als einem Jahr hat Bundesminister Gröhe versprochen, dass die gesundheitliche Versorgung besser wird. Bis heute ist nichts passiert.

Ich danke ausdrücklich der Landesregierung und ganz vorneweg Ministerin Steffens dafür, dass sie zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden, die an der Stelle deutlich weiter sind als die CDU, sowie den Kassen für diese Verbesserung für die Menschen, aber auch für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gesorgt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Thema „sichere Herkunftsländer“ möchte ich jetzt jenen noch einmal zitieren, der uns mehrfach sozusagen als Kronzeuge für eine andere Variante vorgetragen worden ist, nämlich den Kollegen Kretschmann aus Baden-Württemberg. Herr Kretschmann wurde in dem „FOCUS“-Interview, auf das sich auch Herr Laschet bezogen hat, gefragt: Vor allem die Union drängt darauf, mehr Länder als bisher zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Ist das mit Ihnen machbar? – Darauf erklärt Herr Kretschmann:

Ich bin dafür offen, wenn die Bundesregierung belegen kann, dass das sinnvoll ist, dass also die Zahl der Asylbewerber aus diesen Ländern dann sinkt und sich dadurch die Verfahrensdauer relevant verkürzt. Allerdings verstehe ich die Fokussierung von Unionspolitikern auf das Thema „sichere Herkunftsländer“ nicht. Die vorliegenden Zahlen deuten nicht

auf einen spürbaren Effekt hin. Das ist nicht verwunderlich. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass es auch für Bewerber aus sicheren Herkunftsstaaten ein individuelles Verfahren geben muss.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Sie haben Herrn Kretschmann im letzten Jahr für kleine Schritte des Fortschritts – Stichworte: „Gesundheitsversorgung“, was ich eben angesprochen habe, und „finanzielle Besserstellung der Länder“ – in Haftung genommen, um dem zuzustimmen.

Ihn jetzt als Kronzeugen für eine Geschichte zu nehmen, von der er nicht überzeugt ist, von der er deutlich sagt, dass er das nicht mitmachen würde, und so zu tun, als wäre er der Gegenspieler der nordrhein-westfälischen Grünen oder der Landesregierung, das finde ich ein starkes Stück.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich wiederhole gern sinngemäß das, was auch die Ministerpräsidentin vorgetragen hat: Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Solidarität, ein tolles Land mit tatkräftigen Menschen aus vielen Ländern, die jeden Tag ganz praktische Beispiele von Solidarität und Nächstenliebe geben. Ich sage Ihnen ehrlich: Die Berichte aus München, wo einheimische Menschen den Flüchtlingen zu Hilfe eilen, ihnen Getränke, Nahrung und auch noch Beistand geben, machen mich einerseits froh, andererseits aber auch demütig.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Die haben Sie in Dortmund jeden Tag!)

Die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen verschließt nicht die Augen davor, dass es auch Probleme bei der Unterbringung gibt und wir daran arbeiten müssen. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Jetzt ist Schluss mit Taktik und mit Kaputtreden. An diesem Wochenende müssen in Berlin Entscheidungen fallen, und da ist die CDU mit ihrem Bundesvize Laschet an der Spitze gefordert. Tun Sie etwas, damit Deutschland vorankommt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Nun spricht als nächster Redner für die Fraktion der Piraten der Fraktionsvorsitzende, Herr Marsching.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer zu Hause und auf der Tribüne! Liebe Flüchtlinge! Refugees, welcome! Wir Piraten heißen euch willkommen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Liebe Frau Ministerpräsidentin, starke Rede. Läuft bei Ihnen. Alles wird gut. Sie packen es jetzt an.

Zum Thema „klare Worte“ muss ich sagen, Herr Mostofizadeh: Das waren meiner Meinung nach eher die Worte nach vier Klaren als klare Worte.

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Denn da, wo das Land etwas tun kann, packt es nicht an.

Ich war in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Essen. Wir sind damals mit Windeln und mit Kosmetika gekommen. Die Wachleute haben uns gefragt: „Was wollt ihr denn hier?“ und wollten uns schon weg-schicken. Ich wette, wäre ich nicht Landtagsabgeordneter gewesen, wir hätten wieder gehen müssen. Dann wurde versprochen, dass alles besser wird. Wir haben geredet.

Vorgestern ist eine Mitarbeiterin zu derselben Erstaufnahmeeinrichtung in Essen gegangen. Sie hat vorher die Helfer gefragt: Was kann ich mitbringen, was ist gefragt? Es wurde gesagt: Für die Kinder kannst du etwas mitbringen. Die freuen sich immer und haben hier keine so gute Versorgung; denn das Mindeste, das die Flüchtlinge bekommen, berücksichtigt die Kinder nicht in dem Maße, wie sie es bräuchten.

Also hat sie Bonbons und Luftballons gekauft und ist zu der Erstaufnahmeeinrichtung gefahren. Sie war nicht einmal auf dem Gelände, da kamen die Sicherheitsleute und haben ihr gesagt – Zitat –: Ihr könnt hier kein halbes Schwein mit Reis abgeben, oder – das finde ich viel schlimmer, das zeigt, dass das Land am falschen Ende spart, nämlich bei privaten Sicherheitsleuten – seid Ihr hier, um die Affen im Zoo zu füttern? – Das, meine Damen und Herren, darf an einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes einfach nicht passieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Bringen wir die weltweite Situation der Flüchtlinge einmal auf den Punkt: 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen, die auch mit deutschen Waffenexporten geführt werden. Sie fliehen vor Verfolgung durch Unrechtsregime, die auch die Rückendeckung und den Schutz der deutschen Bundesregierung genießen. Sie fliehen vor Armut, die auch durch den europäischen Wirtschaftskolonialismus auf dem Balkan noch verschärft wird.

Kurzum: Wir Deutschen haben eine politische Verantwortung, und wir haben die politische Pflicht, die Folgen der humanitären Krisen zu bewältigen.

Es ist Ihre Aufgabe, Frau Ministerpräsidentin, es ist die Aufgabe der Landesregierung, politische Lösungen vorzulegen und umzusetzen. Man muss nicht die lange Zeit warten, bis das Parlament wieder zu-

sammentritt, das kann man auch in der Sommerpause tun. Sie müssen endlich Verantwortung übernehmen.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Von 60 Millionen Menschen auf der Flucht werden in diesem Jahr etwa 800.000 nach Deutschland kommen, und 170.000 – wir haben es schon gehört – kommen nach Nordrhein-Westfalen. Das ist im Durchschnitt weniger als 1 % der hiesigen Bevölkerung.

Immer wieder wird die überwältigende Dimension der Migrationsströme beschworen, aber die Untätigkeit der Landesregierung, der politische Unwille in den letzten drei Jahren lässt das Ganze erst zum Problem werden. Wir haben keine Flüchtlingskrise, wir haben eine politische Krise.

(Beifall von den PIRATEN)

Bis heute hat uns die Landesregierung kein geschlossenes Konzept für eine moderne Flüchtlings- und Asylpolitik vorgelegt. Sie haben allerdings tausendundeine Ausreden, warum Sie bisher untätig gewesen sind.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie sagen: Die anderen EU-Staaten sollen doch bitte in die Verantwortung genommen werden. Wir sagen Ihnen: Auch mit einem Verteilschlüssel würde NRW ähnliche Aufnahmezahlen verzeichnen.

Sie sagen: Der Bund muss endlich seinen Verpflichtungen nachkommen. Wir sagen: Das Geld ist da. Im ersten Halbjahr hat Nordrhein-Westfalen 2,2 Milliarden € mehr an Steuern eingenommen. Nutzen Sie dieses Geld, und sorgen Sie für eine humane Flüchtlingsaufnahme im Land. Denn ganz ehrlich: Welchen Deal Sie mit dem Bund machen, das ist den Menschen und den Kommunen erst einmal sehr egal.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie sagen: Mit diesen Flüchtlingszahlen konnte doch niemand rechnen. Wir sagen Ihnen: Doch; denn wir haben seit Jahren Belege dafür, dass immer mehr Menschen zu uns kommen werden. Die Belege kommen nicht von uns, sondern vom UN-Flüchtlingshilfswerk, von Amnesty International. Sie sind seit Jahren öffentlich einsehbar.

(Minister Ralf Jäger: Völliger Quatsch!)

– Herr Minister Jäger, nehmen wir einmal an, Sie wussten wirklich nichts von diesen weltweiten Migrationsströmen. Dann sind Sie nicht wie Frau Kraft im Sommerfunkloch, dann sind Sie seit vier Jahren im Dauerfunkloch, oder – diese Möglichkeit scheint mir viel wahrscheinlicher – Sie haben das Problem jahrelang ignoriert. Das halten wir für den viel, viel größeren Skandal.

(Beifall von den PIRATEN)

Dabei gab es zuhauf Belege. Schon im Herbst 2011 musste eine kommunale Massenunterkunft in der Kölner Herkulesstraße aufgemacht werden. Im September 2012 ist das Erstaufnahmesystem zum ersten Mal komplett zusammengebrochen. Aber es brauchte erst Burbach, es brauchte erst Bad Berleburg, und es brauchte erst Essen, damit im Innenministerium überhaupt etwas passiert. Ich frage mich: Konnten Sie von dieser sich zuspitzenden Situation wirklich nichts wissen? Ich sage: Doch, das konnten Sie. Und Sie sind trotzdem untätig geblieben.

Wir fordern, in dieser politischen Krise ein Ministerium für Integration, Flucht und Einwanderung einzurichten. Das kann Abhilfe schaffen.

Denn die Flüchtlinge sind hier. Sie werden hierbleiben, und es werden mehr. Die Probleme verschwinden nicht von alleine und nicht durch Aussitzen. Denn nichts zu machen, das ist Schande mit System.

(Beifall von den PIRATEN)

Seit unserem Einzug in den Landtag konfrontieren wir Sie regelmäßig mit dem Versagen in der Flüchtlingsaufnahme. Seit drei Jahren bekommen Sie von uns unterschrittsreife Anträge. Alles, wirklich alles wird seit drei Jahren von Ihnen systematisch belächelt und von der rot-grünen Regierungsmehrheit abgelehnt.

Schon im Jahr 2012 haben wir gesehen, dass NRW eine Neukonzeption bei Aufnahme und Unterbringung braucht. Das haben wir seitdem in zahlreichen Anträgen zu einer humanen, zu einer dezentralen Unterbringung gefordert. Dazu hätte es einer frühzeitigen Bestandsaufnahme bedurft. In Schleswig-Holstein hat man das gemacht. Unter anderem deshalb steht das Land heute besser da als wir.

Außerdem haben wir in den Jahren 2013, 2014 und 2015 präzise Haushaltsänderungsanträge zur Flüchtlingsaufnahme eingebracht. Jeder einzelne wurde hier im Haus abgelehnt. Herr Jäger, Frau Ministerpräsidentin, Ihre Politik der Ausreden hat drastische Folgen. Ihr programmierter Notstand zündet Flüchtlingsheime an. So sieht es aus.

(Beifall von den PIRATEN – Widerspruch von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank – Minister Johannes Remmel: Unverschämtheit!)

Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen Nazis, die sich davor stellen und grölen.

Eins möchte ich ganz persönlich sagen: Ich nehme mir heraus, jeden Einzelnen als Paraderassisten zu bezeichnen, der Ausländer in gute und in schlechte sortiert.

(Zuruf: Unglaublich!)

Die Landesregierung hat keinerlei Vorkehrungen getroffen. Die rot-grüne Regierung hat billigend in Kauf genommen, dass unser Land und unsere Kommunen bei dem Anstieg der Flüchtlingszahlen nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen. So entsteht der Eindruck, dass die vor Krieg und vor Verfolgung flüchtenden Menschen NRW überfordern würden. So bereitet man den Boden für Ängste und Sozialneid in der Bevölkerung. So drückt man – bildlich gesehen – dem Heidenau-Nazi den Brandsatz in die Hand. Es ist einfach so.

Diese rassistischen Übergriffe gibt es auch in NRW, man kann sie nicht wegdreden. Frau Ministerpräsidentin hat das in der letzten Woche zugegeben, sie hat es gesagt. Hier in NRW hat sich die Zahl der rechtsextremen Übergriffe seit dem letzten Jahr verfünffacht. Damit ist die Zahl stärker gestiegen als in Sachsen-Anhalt oder in Sachsen. Auch da werden wieder die Augen verschlossen.

Herr Minister Jäger behauptet, der Fremdenhass sei schon ein gesamtdeutsches Problem, aber in dem einen oder anderen ostdeutschen Bundesland kenne man sich mit Migration und Integration nicht so aus wie bei uns seit vielen Jahrhunderten. – Das hat er im WDR-Interview am letzten Montag geäußert.

Herr Laschet sagt, in NRW würde zumindest keiner derjenigen auf die Straße gehen, die jene beschimpfen, die helfen wollen. – Dann lade ich Sie ein: Am 18. September trifft sich DÜGIDA wieder hier am Hauptbahnhof. Am 12. September treffen sich die Republikaner in Köln. Ungefähr jedes Wochenende treffen sich die Rechten in Dortmund. Am letzten Wochenende haben sie in Oberhausen vor dem Flüchtlingsheim gestanden und „Sieg Heil“ gerufen. Ich lade Sie ein. Kommen Sie zu den Gegendemonstrationen und sehen sich die Leute an, die all jene beschimpfen, die helfen wollen. Die gibt es leider auch in Nordrhein-Westfalen.

Die Ignoranz gegenüber der Dimension der Probleme in Nordrhein-Westfalen halten wir – und das wird so bleiben, solange niemand handelt – für eine Schande. Sie reichen die Verantwortung immer weiter. Die Kommunen sagen: Das Land ist in der Pflicht. Das Land sagt: Der Bund ist in der Pflicht. Der Bund sagt: Die EU muss handeln.

Auf gar keinen Fall diskutieren wir über eine Aufweichung der Standards. Auf gar keinen Fall reden wir über Taschengeldkürzungen oder über vermeintlich sichere Herkunftsländer. Es gibt eine EU-Richtlinie, es gibt die Verfassung, und das halten wir hoch. Man ändert Gesetze nicht einfach nur deswegen, weil einem die Fallzahlen gerade nicht passen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte aber den Menschen in NRW danken, die sich engagieren. Auf jeden Fall heißen wir die Geflüchteten willkommen. Wir haben ausreichende Kapazitäten. Wir schaffen das. Deutschland kann

ohne Probleme 800.000 Menschen aufnehmen. Ohne diese Freiwilligen wären die Folgen des Regierungsversagens gar nicht auszumalen. Daher von unserer Seite vielen, vielen, vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Jetzt hören wir in der Unterrichtung – von Vizepräsident Uhlenberg gerade so schön als Regierungserklärung bezeichnet –, dass die Landesregierung mal wieder das Blaue vom Himmel verspricht: Alles wird gut, viele Appelle. Fast eine Viertelstunde würdigen Sie, Frau Ministerpräsidentin – Sie ist gerade nicht da; gut, egal – ...

(Widerspruch bei der SPD: Doch! – [Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sitzt in den Abgeordnetenreihen der SPD-Fraktion.]

– ach, da vorne sitzen Sie, Entschuldigung, das war nicht vorwurfsvoll gemeint –, ... bürgerschaftliches Engagement, aber hier im Hohen Hause sollten wir über politische Lösungen reden. Bürgerschaftliches Engagement ist super und unentbehrlich, aber das zu loben ist hier im Haus nicht genug, Frau Ministerpräsidentin. Sie können nicht darauf hoffen, dass die Zivilgesellschaft regelmäßig die rot-grüne Landesregierung rettet.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Seit 2012 fordert die Piratenfraktion in diesem Haus einen migrationspolitischen Rettungseinsatz. Die Landesregierung macht sich unterdessen schuldig, und zwar der fortlaufenden unterlassenen Hilfeleistung. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Marsching. Auch der Applaus täuscht nicht darüber hinweg, dass Sie aus meiner Sicht Ihre Rede mindestens in einem Punkt weit überzogen haben. Wir werden im Präsidium prüfen, ob das rügenswert ist. Ich bin da nicht ganz sicher, aber ich vermute, dass es zumindest erwähnenswert ist.

Es ist im Hohen Hause absolut unparlamentarisch, jemandem zu unterstellen, er zünde irgendetwas an.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Minister Johannes Remmel: Unglaublich ist das!)

Ich würde solche Unterstellungen in Zukunft einfach unterlassen, damit diese Art von „Zündelei“ unter uns hier nicht zum Maßstab wird. Deshalb bitte ich Sie – ich mache das so höflich –, das künftig bleiben zu lassen. Vielleicht haben Sie noch die Gelegenheit, gegenüber den angesprochenen Personen – das waren die Ministerpräsidentin und der Innenminister – persönlich dazu Stellung zu nehmen. Es hat mir nicht gefallen; wir werden das überprüfen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der CDU)

Ansonsten ist jetzt der nächste Redner an der Reihe. Das ist für die Landesregierung Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir zurzeit in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen bewältigen müssen, ist eine unglaublich große, es ist eine nationale Aufgabe. Sie ist nicht einfach. Aber ich möchte mich der Ministerpräsidentin anschließen:

Wir schaffen das. Wir kriegen das hin. Bei allen Schwierigkeiten werden wir diese Aufgabe bewältigen.

Was mir persönlich und anderen in der Landesregierung, die in den letzten Wochen sehr eng zusammenarbeiten, ressortübergreifend Mut macht, ist die überwiegende Zahl der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Hilfe leisten wollen, die sich ungefragt in unseren Einrichtungen melden und sich danach erkundigen: Was kann ich wo tun? Wie kann ich helfen?

Es sind Beispiele von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genannt worden, die ihren Jahresurlaub nehmen, um bei der Essensausgabe in einer Einrichtung zu helfen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Arbeitgeber bitten, sie freizustellen, damit sie ehrenamtlich in einer solchen Einrichtung arbeiten können.

Wer sich – das hat die Ministerpräsidentin getan, und das habe ich, so oft es möglich war, getan – vor Ort in den Einrichtungen erkundigt, der wird feststellen, dass man mit Menschen spricht, die zum Teil 24 Stunden, rund um die Uhr, als Ehrenamtler vor Ort präsent sind und die anpacken, was das Zeug hält. Die ganz überwiegende Zahl dieser Menschen macht dies mit großer Empathie gegenüber den Flüchtlingen, egal, woher sie kommen, ob aus Syrien oder aus Albanien. Sie machen dort keine Unterschiede.

Wir erleben eine große Welle der Hilfsbereitschaft in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern unter – das müssen wir zugeben – allerschwersten Bedingungen. Wir sollten jedem einzelnen Menschen dankbar sein für den Beitrag, den er dazu leistet. Jede Hilfe ist wichtig.

Mein ganz besonderer Dank gilt den Hilfsorganisationen, die mit Ehrenamtlern, aber auch mit Hauptamtlichen allein für das Land 120 Einrichtungen betreiben und mit unglaublicher menschlicher Zuwendung betreuen. Überall, wo Sie Gelegenheit haben – das sollten wir uns fest vornehmen, egal welcher Fraktion wir angehören –, diese Menschen zu treffen, sollten Sie diesen Dank im Namen des Parlamentes aussprechen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir fordern von diesen Menschen zurzeit viel. Wir werden ihre Hilfe aber mit Sicherheit auch in Zukunft brauchen. Diese Flüchtlingsbewegung auf der Welt ist nicht in 14 Tagen oder zwei Monaten beendet. Sie wird uns lange Zeit weiter beschäftigen. Auch wenn der eine oder andere Helfer in einer Einrichtung möglicherweise gehört hat: „Schön, dass Sie sich melden; zurzeit können Sie nicht helfen, wir haben genug Leute“ – es wird die Zeit kommen, wo wir jeden Einzelnen brauchen. Wir brauchen, was die Ehrenamtlichkeit in diesem Lande angeht, einen sehr langen Atem, meine Damen und Herren.

Wir haben zurzeit 31.000 Menschen in Landeseinrichtungen untergebracht. Vorhin ist genannt worden, dass wir 2012 1.800 Menschen in den Landeseinrichtungen Nordrhein-Westfalens hatten. Inzwischen sind es 31.000 Menschen, meine Damen und Herren.

Ich will nur daran erinnern, was wir gemeinsam miteinander als Zielzahl beim Flüchtlingsgipfel im Oktober letzten Jahres vereinbart haben, insgesamt 12.000 Plätze zu schaffen. Darüber sind wir weit hinaus, weil die Dynamik der letzten Monate uns dazu gezwungen hat, weil jede Prognose überholt worden ist.

Die dynamische Entwicklung in den letzten Monaten zeigt aber auch, dass die Prognosen, die wir in den letzten Jahren erhalten haben, sich immer wieder als falsch herausgestellt haben. Ich behaupte, Sie werden auch in Zukunft immer fehleranfällig sein. Das hat auch damit zu tun, dass es kaum möglich ist, internationale Krisen und die Flüchtlingsbewegungen, die dann auf Deutschland und auf Nordrhein-Westfalen zukommen, exakt vorherzusagen. Ich schaue gar nicht mehr in den Rückspiegel, um zu sehen, wie oft sich das für diese Prognosen zuständige BAMF in den letzten Jahren geirrt hat, weil es nichts bringt.

Wir müssen jetzt zusammenarbeiten, um die Aufgabe zu bewältigen. Ganz deutlich sage ich: Bund, Länder und Kommunen können dies nur gemeinsam schaffen. Ein gegenseitiges Schwarzer-Peter-Spiel, Verantwortung hin- und herzuschieben, nicht in Lösungen zu denken, sondern in Zuständigkeiten zu denken, wäre ein Fehler. Wir können diese Aufgabe nur gemeinsam schaffen.

Vor zwei Wochen haben vier Innenminister – darunter der Bundesinnenminister – die neuen Flüchtlingszahlen miteinander diskutiert. Sie haben über die Prognose „bis zu 800.000“ diskutiert, Herr Laschet. Ich finde das Bild sehr gut, das Herr de Maizière dabei vermittelt hat. Wenn es jemanden gäbe, der in der Lage gewesen wäre, diese Entwicklung einer Vervielfachung der Flüchtlingszahlen innerhalb von nur zwölf Monaten vorherzusagen, der möge sich bei ihm im Ministerium melden. Er würde

dort sofort eingestellt werden, er selbst zusammen mit seiner Glaskugel, Herr Laschet. Ich glaube, Sie wären Bewerber Nummer eins, um einen solchen Job im Bundesministerium zu bekommen.

(Beifall von der SPD)

Weg von der Ironie – hin zum Ernst: Ich fand Ihre Rede dieser Situation nicht angemessen. Ich fand sie – ganz offen gestanden – eine oppositionelle Schlaumeierei in ganz kleinem Pepita.

Ich will nur einige wenige Punkte aufgreifen, die Sie, obwohl wir es in den Fachausschüssen – Kommunalausschuss und Innenausschuss – rauf und runter diskutiert haben, angesprochen haben. Ich hätte es gut gefunden, wenn Sie sich bei Ihren innenpolitischen und kommunalpolitischen Sprechern informiert hätten. Wir sind eigentlich in der Debatte mit Ihrer Fraktion weiter. Das gilt beispielsweise für die Frage, was zurzeit eigentlich das Problem ist.

(Unruhe bei der CDU)

– Herr Laschet, hören Sie einmal zu. Ich habe Ihrer Rede sehr interessiert zugehört.

(Zuruf von der CDU)

Wenn man Probleme analysieren will, muss man offen an sie herangehen, Herr Laschet. Der Flaschenhals im deutschen Asylverfahren ist, dass Länder und Kommunen den Druck verspüren, diese Menschen, die zu uns flüchten, unterbringen und das im Übrigen auch finanzieren zu müssen, der Bund aber allein Herr des Verfahrens ist, wie lange ein Asylverfahren in Deutschland dauert. Bei der Vielzahl der Asylanträge und der Vielzahl der Flüchtlinge offenbart sich jetzt, dass diese drei staatlichen Ebenen nicht ausreichend miteinander austariert sind.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass wir in Deutschland 270.000 unbearbeitete Asylanträge haben und dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sechs Monate beträgt. Das hat zur Folge, dass wir in unseren Gemeinschaftsunterkünften in den Kommunen Menschen haben, die seit einem Jahr oder seit anderthalb Jahren auf die erste Anhörung des BAMF warten, die also noch nicht einmal stattgefunden hat. 270.000 unerledigte Asylanträge stapeln wir aufeinander und kommen auf eine Höhe von 1,2 Kilometern.

(Klaus Kaiser [CDU]: Das zu „Pepita“!)

Das ist der Flaschenhals.

Ich will jetzt gerne zu Ihrer Anregung und Diskussion zu den sicheren Herkunftsländern überleiten. Die Diskussion, ob Staaten wie Mazedonien, Albanien und der Kosovo sicher sind oder nicht, ob es dort eine politische Verfolgung gibt, brauchen wir nicht zu führen.

Wir haben über den Punkt zu diskutieren, ob die Aufnahme solcher Staaten in ein Gesetz, in dem

steht, sie sind sicher, von irgendeinem Vorteil ist. – Ich zitiere einmal den Bundesinnenminister.

(Zuruf)

– Quatsch, das ist nicht von Vorteil. – Der Bundesinnenminister hat selbst gesagt: Wir haben uns mehr davon versprochen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, ich glaube, auch Sie wollen nicht an der Tatsache rütteln, dass das Asylrecht nach unserer Verfassung in Deutschland ein Individualrecht ist.

(Armin Laschet [CDU]: Ach was!)

Jeder hat einen Anspruch auf eine persönliche Anhörung. Dieses Gesetz über sichere Herkunftstaaten hat vielleicht den Vorteil, dass sich die Bearbeitungszeit um 10 oder 30 Minuten verkürzt. Das sagen uns die Praktiker aus dem BAMF. Bei sechs Monaten Bearbeitungszeit wird deutlich, Herr Laschet: Das ist eine Scheindebatte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, wir könne so etwas gerne in ein Gesetz schreiben. Das ist gar kein Problem. Aber den Menschen suggerieren, das sei eine Lösung,

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

ist falsch. Herr Laschet, Sie wissen, das eigentliche Problem ist das BAMF mit seinen seit Jahren viel zu geringen Bearbeitungskapazitäten. Die Folgen haben die Länder, aber vor allem die Kommunen auszubaden: dass Menschen viel zu spät und nicht ehrlich genug gesagt bekommen, ob sie in diesem Land eine Zukunft haben oder nicht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Sie sind in einem zweiten Punkt unlogisch, wie ich finde.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Laschet?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Ist das bei einer Unterrichtung möglich?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ja, klar.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Ja, dann gerne.

**Armin Laschet (CDU):** Sie sind gerade nicht der Unterrichtende, sondern Sie geben einen Wortbeitrag. Die Unterrichtung war ja vorher. Insofern kann man jetzt eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Ralf Jäger: Bitte sehr!)

Sie banalisieren alles mit den sicheren Herkunftsländern. Ich würde Sie deshalb gerne fragen: Warum hat es in der Sommerpause eine Schaltkonferenz des SPD-Präsidiums mit den Ministerpräsidenten und dem Bundesvorsitzenden gegeben, nach der man als Ergebnis verkündet hat, die SPD-Ministerpräsidenten wollten drei weitere sichere Herkunftsländer benennen? Wenn das alles so banal ist, wie Sie uns das hier suggerieren, weshalb hat dann Ihre Regierungschefin eigentlich an dieser Schalte teilgenommen und zugestimmt?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herr Laschet, ich habe an dieser Schalte nicht teilgenommen. Sie wahrscheinlich auch nicht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, Sie haben mir eine Frage gestellt. Ich versuche gerade, diese zu beantworten. Wenn Sie mir zuhören würden, würden Sie die Antwort auch verstehen. Es geht doch nicht um die Frage einer Politiktaktik, sondern es geht um die Frage des Inhalts.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, ich bin immer noch bei der Antwort.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wenn wir beispielsweise den Kosovo als sicheres Herkunftsland einstufen würden, würde sich irgend etwas an dem Asylverfahren ändern?

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

– Nein!

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Das Recht auf individuelle Anhörung bleibt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, Sie haben keine Ahnung.

(Zurufe von der CDU)

Solange es so bleibt, dass ein Verfahren sechs Monate dauert, wird uns das kein Stück nach vorne bringen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich nenne ein anderes Beispiel, bei dem ich finde, Sie müssten sich mehr sachkundig machen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Herr Laschet, Sie haben in Interviews erklärt, es gäbe einen Kostendeckungsbeitrag des Landes gegenüber den Kommunen von 22 %. Sie haben es in Ihrer heutigen Rede ein Stück weit revidiert, indem Sie von einem Drittel sprechen.

Der Landkreistag hat vor wenigen Tagen veröffentlicht, wie in anderen Bundesländern die Kosten zur Unterbringung von Flüchtlingen eingeschätzt werden. 10.000 € pro Jahr. Die Flüchtlingspauschale

des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen zur Mitfinanzierung der Unterbringungskosten beträgt 7.578 €, unabhängig vom Stichtag 1. Januar eines Jahres und unabhängig davon, wie lange der Flüchtling tatsächlich bleibt. Bildet man den Dreisatz  $7.578 \text{ €} \times 100 : 10.000 \text{ €}$ , kommt dabei ein Ergebnis heraus, welches nicht 22 % beträgt.

(Armin Laschet [CDU]: Ich habe auch nicht „22 %“ gesagt!)

– 22 % haben Sie in Interviews gesagt. Heute haben Sie von einem Drittel gesprochen. Es ist deutlich mehr.

(Zuruf von der CDU)

Ich nenne Ihnen das Ergebnis nicht. Kein Mensch kennt den Kostendeckungsgrad. Wir sitzen gerade mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen und diskutieren mit Ihnen, was sie ausgeben, was das Land zahlt und was hoffentlich nach dem 24. September endlich der Bund dazu beiträgt, um strukturell nachhaltig und dynamisch die Unterbringungskosten für die Kommunen mitzufinanzieren. Dann kommen wir zu einem Kostendeckungsgrad.

Ich bitte Sie, Herr Laschet, nicht ständig irgendwelche Zahlen in den Raum zu stellen, die schlichtweg falsch sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie fordern weiter, dass die Menschen vom Westbalkan möglichst in Landeseinrichtungen bleiben und direkt zurückgeführt werden. Theoretisch ist das ein guter Beitrag.

(Zuruf von der CDU: Das macht die Schweiz auch!)

Praktisch ist das unmöglich. Das gelingt übrigens in keinem einzigen Bundesland in Deutschland.

(Armin Laschet [CDU]: Bayern macht es seit gestern!)

– Herr Laschet, auch da bitte ich um mehr Sachkunde. Bayern beginnt jetzt,

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

nach einem großen, martialisch-rhetorischem Aufstand, zwei Einrichtungen mit 2.000 Plätzen für Menschen vom Westbalkan zu führen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Hören Sie doch zu, Herr Laschet! – Sie sollen dort so lange bleiben, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist.

Unsere jetzt unterschriftsreife Vereinbarung mit dem BAMF bedeutet, wir haben 1.200 Menschen in unseren Einrichtungen bis zum Abschluss des Verfahrens. Warum sind es in Bayern nur 2.000 und in Nordrhein-Westfalen nur 1.200? Weil das BAMF mit seinen Mitarbeiterkapazitäten nicht in der Lage ist,

schneller und für mehr Menschen über Asylanträge zu entscheiden, Herr Laschet!

Wenn Sie sagen, in Bayern ist alles so toll, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, wir machen es ähnlich, aber wertschätzend und mit Respekt gegenüber den Menschen, die in unseren Einrichtungen leben. Wir tun es nicht mit diesen martialischen Worten wie die bayerischen Kollegen.

Ich sage Ihnen: Machen Sie sich sachkundig. Alleine Nordrhein-Westfalen nimmt pro Woche etwa 4.000 Menschen aus dem Westbalkan auf. Daran sehen Sie, dass Ihr Vorschlag höchstens theoretisch eine Rolle spielen kann. Praktisch ist er in Nordrhein-Westfalen und im ganzen Bundesgebiet nicht umsetzbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben viele Menschen in unseren Noteinrichtungen und Notunterkünften untergebracht. Wir haben viele Gespräche mit unseren Hilfsorganisationen geführt. Sie bescheinigen uns alle unisono – und ich teile diese Auffassung –:

Wir müssen von der Vielzahl der Notunterkünfte herunterkommen. Wir brauchen feste Unterkünfte, möglichst in einer Größenordnung oberhalb von 500 Menschen, die untergebracht werden können, weil die Vielzahl kleiner Einrichtungen unsere Hilfsorganisationen vor große logistische personelle Probleme stellt. – Das ist das Konzept, der Weg, den wir jetzt beschreiten.

Die Ministerpräsidentin hat angedeutet, dass wir die Einrichtungen unseres Landes konsequent weiter ausbauen auf eine Größenordnung oberhalb von 500 Menschen, die dort untergebracht werden. Wir wollen bis zum Ende des Jahres die Zielzahl von 60.000 Plätzen erreichen.

60.000, Herr Laschet! Im Jahre 2007 haben wir im ganzen Jahr 5.400 Menschen in diesem Land untergebracht. Demnächst werden wir 60.000 Plätze haben. Hier davon zu reden, wir hätten nicht genug getan, zeigt doch nur,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

dass Sie einfach nur ein oppositionelles Spielchen treiben wollen, ohne die Leistungen der Menschen, die dahinterstehen, anzuerkennen.

(Armin Laschet [CDU]: Hören Sie doch den Kommunen zu! Das ist oberlehrerhaft!)

Das hat nämlich nicht die Landesregierung gemacht. Das haben unsere Beamtinnen und Beamten in den Bezirksregierungen geleistet, auch die Beamtinnen und Beamten in den Kommunen, die mit vielen Menschen in den Hilfsorganisationen das gestemmt haben. Und Sie diskreditieren deren Leistung, wenn Sie mit diesen Zahlen so umgehen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Stichwort „Registrierung“ war genannt worden. – Ja, wir müssen die Menschen registrieren. Auch hier muss sich Ihnen leider widersprechen, Herr Laschet: Wir haben deshalb so viel mehr als nach dem Königsteiner Schlüssel – den im Übrigen die Bürgerinnen und Bürger kaum kennen, die Asylbewerber, die sich einen Weg nach Europa, nach Deutschland suchen, schon gar nicht –, weil viele von ihnen nach Nordrhein-Westfalen kommen, sodass wir in Nordrhein-Westfalen zurzeit 30 % der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, aufnehmen. Wir müssen sie in den ersten Tagen unterbringen, medizinisch untersuchen, röntgen, registrieren, möglicherweise dann auch auf andere Länder weiterverteilen. Aber das stellt eine zusätzliche Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen dar.

Trotzdem sage ich: Wir werden dieses schaffen. Es gibt auch andere Länder mit besonderen Situationen wie Bayern, das gestern um Hilfe gerufen hat. Ich mache es Bayern nicht zum Vorwurf, aber es zeigt, welchen Druck, welche zusätzlichen Problemlagen gerade große Bundesländer wie Bayern und Nordrhein-Westfalen zurzeit bewältigen.

Ich habe gerade dargestellt, was wir in den letzten Monaten aufgebaut haben. Ich finde das, was da geleistet worden ist, großartig. Und neben dem Dank an die Hilfsorganisationen muss ich deutlich sagen: Das Bild des öffentlichen Dienstes, der über Beamte verfügt, die nur lochen, knicken und abheften können, ist Lügen gestraft. Ich erlebe tagtäglich Beamtinnen und Beamte, die mit großer Kreativität, mit Ideen, unheimlichem Engagement diese Aufgabe zurzeit stemmen. Wenn mich jemand Anfang des Jahres gefragt hätte, ob wir es in sieben Monaten schaffen, 90.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen, hätte ich gesagt: Das schaffen wir nicht.

Aber wir haben es geschafft, meine Damen und Herren. Das ist eine riesige Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, vor allem der Bürger und Bürgerinnen, die vor Ort die Ärmel hochkrepeln, arbeiten und nicht kritisieren.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne auf jeden Fall noch zwei, drei Punkte im Rahmen meiner Redezeit ansprechen.

Das ist zum einen die Frage der europäischen Flüchtlingspolitik. Die europäische Flüchtlingspolitik ist in manchen Staaten ein Armutszeugnis, ein Armut an Menschlichkeit. Ich kann den Wunsch verstehen, dass Länder der Europäischen Union beitreten wollen. Aber dieser Verbund von 28 Staaten ist auch eine Wertegemeinschaft. Und diese Werte sind eine warme Decke für die Europäische Union. Unterhalb dieser Decke darf es keine menschliche Kälte geben. Ich finde es unverantwortlich, dass

sich manche Staaten der Europäischen Union überhaupt nicht daran beteiligen, Flüchtlinge in Europa aufzunehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube aber auch, dass sich die Europäische Union mit der Frage des Westbalkans intensiver beschäftigen muss. Zu glauben, dass sich ein Europa der freien Grenzen, des freien Warenverkehrs und der freien Dienstleistungen zugleich einen armen Hinterhof direkt vor der Haustür leisten kann, nämlich den Westbalkan, und die Menschen nur deshalb dort bleiben, weil wir ihnen sagen, dass sie dort bleiben, wird nicht funktionieren.

Wir müssen als Europäische Union dringend die Fluchtursachen im Westbalkan bekämpfen, die da heißen: bitterste Armut, Perspektivlosigkeit und tiefe Korruption in diesen Staaten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde gerne noch einen Satz mit Blick auf die syrischen Flüchtlinge und auf das, was sich dort abspielt, sagen. Der Bürgerkrieg und die Flüchtlingsbewegung aus und in Syrien ist die humanitäre Katastrophe unseres Jahrzehnts. 7,5 Millionen Menschen sind dort auf der Flucht – 4 Millionen innerhalb Syriens, 3,5 Millionen haben es überwiegend in die Länder Jordanien, Türkei und Libanon geschafft. Libanon mit 4,5 Millionen Einwohnern hat 1 Million Flüchtlinge aufgenommen.

Ich sage ganz deutlich zu der Debatte, die wir in Deutschland führen: Wenn ein Mensch um sein Leben rennt, lässt er sich nicht aufhalten – nicht aufhalten von Zäunen oder von Grenzen oder von Tschengelddiskussionen.

Deshalb glaube ich, dass wir solche Diskussionen in Deutschland auf das Maß reduzieren sollten, das dem Thema angemessen ist. Wir sollten uns damit auseinandersetzen, dass diese tiefe Tragödie in Syrien und die Fluchtbewegungen aus den Lagern nicht in zwei Wochen, nicht in zwei Monaten, möglicherweise auch nicht in zwei Jahren beseitigt werden können.

Ich möchte als Innenminister noch etwas erwähnen, was mir wirklich Sorgen macht: Das sind die Attacken auf Flüchtlingseinrichtungen. Es gibt sie auch in Nordrhein-Westfalen. Schändlich!

Gott sei Dank ist in Nordrhein-Westfalen noch kein Mensch dadurch zu Schaden gekommen. Aber ich finde, da wird nicht das Gesicht Deutschlands sichtbar, das von Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Solidarität geprägt ist, sondern da wird eine Fratze kalten Ausländerhasses sichtbar, im Übrigen oft unter dem Deckmantel des besorgten Bürgers vorgeführt und organisiert von bekannten Rechtsextremisten, die für sich in Anspruch nehmen, der vermeintlich verlängerte Arm der schweigenden Mehrheit zu sein.

Deshalb ist es Aufgabe der Mitte der Gesellschaft, der Repräsentanten dieses Staates und der Demokraten, egal, welcher Partei oder Fraktion sie angehören, dem entschlossen und geschlossen entgegenzutreten, und zwar in allem: in Wort, in Schrift, in Taten und im Handeln, Herr Laschet. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als Letztes: Ich habe eingangs gesagt, das ist eine nationale Aufgabe, der wir uns jetzt zu stellen haben. Es ist eine große Aufgabe, die wir, wenn wir gemeinsam handeln, auch bewältigen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kuper.

**André Kuper (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben aktuell eine Jahrhundertaufgabe, die sicherlich nicht leicht ist. Die aktuelle Presse und viele von uns versuchen, damit konstruktiv umzugehen. Selten fehlt der Hinweis, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels auf Zuwanderung angewiesen sind. Das alles stimmt. Und doch ist es nicht die ganze Wahrheit.

Es ist wichtig, dass wir uns jeglicher Form der Intoleranz oder der Gewalt gegenüber Flüchtlingen entgegenstellen. Aber genauso wichtig ist es, dass wir der Realität ins Auge sehen.

In diesem Jahr kommen voraussichtlich 800.000 Menschen in unser Land – 200.000 davon nach NRW. 40 % von ihnen sind Menschen aus dem Westbalkan. Diese fliehen nicht vor Verfolgung, sondern aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit. Dafür bietet das Grundgesetz eben keine Möglichkeit, hierzubleiben. Das sind keine Asylgründe, und das muss man auch einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

Ehrliche Politik muss sagen: Wir haben eine Jahrhundertaufgabe, die nicht leicht ist, der wir uns aber stellen müssen. – Wenn wir sie bewältigen, bieten sich uns allen viele Chancen. Zuvor gibt es aber eine Vielzahl an besonderen Herausforderungen. Diese muss man auch benennen: die Aufnahme, die Unterkunft, die Versorgung, die Aufnahme in die Kindertageseinrichtungen – das ist eine Riesenherausforderung –, die Aufnahme in die Schulen und die Arbeitswelt, die Schaffung eines entsprechenden Wohnraumes und vieles andere mehr.

Ich glaube, für die Akzeptanz ist es wichtig, die Hilfe auf die zu konzentrieren, die wirklich verfolgt werden. Wer nach der Rechtsprechung aufgrund des Verfassungsrechtes kein Asyl erhält, der muss in

die Heimat zurück, und ich denke, das muss man der Öffentlichkeit auch mit Deutlichkeit und Klarheit sagen.

(Beifall von der CDU)

Daneben ist die Perspektive eines Einwanderungsrechts sicherlich neu zu diskutieren. Dazu trägt unser Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender maßgeblich bei.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man diese Diskussion verfolgt, dann sieht man, dass vieles von dem, was in den Kommunen in der Realität gerade zu leisten ist, derzeit ausgeblendet wird. Im Moment lesen wir beispielsweise Titelzeilen wie „Kommunen warnen vor Kollaps bei Asyl-Unterkünften“. Die Oberbürgermeister von Bielefeld und Dortmund sagten heute Morgen: Wir brauchen eine verbindliche und faire Kostenteilung. – Sie sagen aber auch: Wir stehen mit den Menschen da, und wir werden überrannt.

Es gibt in der Praxis eine Vielzahl an Problemen. Diese werden hier ausgeblendet. Das ist natürlich nicht richtig. Es ist sicherlich notwendig, nach dem Bund zu rufen, aber zunächst einmal müssen wir hier in diesem Hause unsere eigenen Hausaufgaben machen. Das wird an vielen Stellen aber ausgeblendet.

(Beifall von der CDU)

In § 44 Asylverfahrensgesetz steht:

„Die Länder sind verpflichtet, für die Unterbringung ... die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und ... die ... notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen.“

Das steht dort so, und man muss sich fragen: Wie ist das denn in Nordrhein-Westfalen derzeit? Es wird zwar von 26.000 Unterkunftsplätzen gesprochen. Wer stellt sie aber bereit? 10.000 stellt das Land NRW aus eigener Kraft bereit, 16.000 wurden als sogenannte Notunterkünfte oder EAEs und ZUEs neuen Typs durch die Kommunen bereitgestellt. Die Kommunen müssen hier eine Doppelaufgabe leisten. Sie sind an vielen Stellen auf Ad-hoc-Maßnahmen angewiesen und stehen teilweise komplett alleine im Regen. Hier müssen eine bessere Planung und eine konzeptionell bessere Unterstützung her.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben eben über sichere Herkunftsländer gesprochen. Immer wieder wird erzählt, das alles bringe nichts. Ich denke, man wird in ein paar Wochen neue Zahlen, Daten und Fakten haben und durchaus sehen und belegen können, dass da doch etwas dran ist.

Herr Minister, wenn Sie unseren Antrag gelesen hätten, dann hätten Sie auf Seite 5 ein paar Punkte gesehen, die man in den Vordergrund stellen könn-

te: Mit der Ablehnung der Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsländern ist gleichzeitig der Erlass einer Abschiebeandrohung möglich. Diese würde zur Ausreiseverpflichtung innerhalb einer Woche führen. Außerdem verkürzen sich die Fristen im Rechtsschutzverfahren ebenso wie die Dauer der gerichtlichen Entscheidung jeweils auf eine Woche. Daneben hätten wir die Möglichkeit der Anordnung eines Wiedereinreise- bzw. Aufenthaltsverbotes.

Im Moment hören wir aus den Kommunen tagtäglich, dass Flüchtlinge aus diesen Staaten freiwillig ausreisen und nach wenigen Tagen oder Wochen wieder in genau der Stadt stehen, aus der sie früher ausgewiesen worden sind, und ihren Wiederholungsantrag stellen. Das gehört zur Wahrheit auch dazu. Von daher kann dies ein geeignetes Mittel sein. Wir müssten in dieser Situation alle Möglichkeiten, die wir auch nur ansatzweise haben können, auch tatsächlich ausschöpfen.

Lassen Sie mich auch noch ein paar Worte zur Gesundheitskarte sagen. Das ist ein Schritt auf dem Weg in die richtige Richtung. Allerdings muss man deutlich fragen: Was verändert sich damit? Es verändert sich damit die Situation der Flüchtlinge. Sie müssen nicht mehr, wie bisher, ins Fachamt des Rathauses gehen und um einen Behandlungsschein bitten. Damit ändert sich auch die Bürokratie innerhalb der Verwaltung ein Stück weit; das ist auch richtig. Die Kosten haben derzeit aber immer noch die Städte und Gemeinden und damit die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmer zu tragen. Sie sind über die Grund- und Gewerbesteuer von jedem Einzelnen zu finanzieren, und das ist nach wie vor falsch.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle beende ich meinen Beitrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kuper. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Körfges.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst kurz – mehr auch nicht, Herr Marsching – auf einen aus meiner Sicht wirklich unsäglichen Wortbeitrag – der Herr Präsident hat das aus Sicht des Präsidiums ja auch schon gewürdigt –

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Ist ja nicht seine Aufgabe!)

eingehen. – Der Versuch, hier durch eine pauschale Diffamierung von eigenen Konzepten abzulenken und uns demokratische Politikerinnen und Politiker für Exzesse im rechtsextremen Bereich mitverant-

wortlich zu machen, ist schändlich und wird von mir in aller Schärfe zurückgewiesen.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist aber die Wahrheit!)

Weil schon vieles erläuternd und erklärend gesagt worden ist, will ich den Versuch unterlassen, jeden einzelnen Irrtum aus unserer Sicht richtigzustellen.

Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, anhand unseres Entschließungsantrages den Blick darauf zu richten, dass die Probleme, über die wir heute reden, nur im Zusammenwirken aller politischen Ebenen und auch nur im Schulterschluss zwischen allen Demokratinnen und Demokraten und der Zivilgesellschaft zu lösen sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Probleme gemeinsam in Angriff nehmen und lösen werden.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedarf es aber an der einen oder anderen Stelle des genaueren Hinschauens.

Ich fange bei der Definition „sichere Herkunftsländer“ an. Wir haben als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gesagt: Natürlich kann man darüber reden. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der Wortbeitrag des verehrten Kollegen Kuper ist eine Verschlimmbesserung gewesen. Die Wirkungen, die Sie in die Definition des Gesetzgebers hineinlegen, kann die Definition nicht entfalten. Das wäre ein Placebo an genau der falschen Stelle.

Ich will Ihnen vortragen, was andere auf Bundesebene dazu gesagt haben. Selbst der Bundesminister des Inneren hat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ... Apropos Gesetzgebungsverfahren, lieber Herr Laschet, selbst wenn wir jetzt darüber diskutieren, bedarf es eines Bundesgesetzgebungsverfahrens, was Monate, wenn nicht gar Jahre in Anspruch nimmt, und am Ende wird es zu einer Definition kommen, von der alle Fachleute eines sicher wissen: Die Verfahren werden dadurch nicht beschleunigt.

Das, was Kollege Kuper eben angeführt hat, hat überhaupt nichts damit zu tun, ob wir den Begriff „sichere Herkunftsstaaten“ definieren oder nicht. Denn die laufenden Verfahren werden von der Definition gar nicht beeinflusst, sondern sie führt erst nach rechtskräftigem Abschluss eines Verfahrens dazu, dass man handeln kann. Endgültig abschlägig beschiedene Verfahren sind genauso zu beurteilen. Insofern ist das, Herr Kollege – mit Verlaub –, faktenfreier Unsinn gewesen, den Sie zu dem Thema vorgetragen haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Widerspruch von André Kuper [CDU])

Lieber Kollege Laschet, wenn Sie uns nicht glauben, empfehle ich Ihnen die Gesetzesbegründung der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache

18/1528 zu den schon als sichere Herkunftsländer eingestuften Ländern. Darin wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Frage nur um eine geringfügige Entlastung bei dem Verwaltungsverfahren handelt – man höre genau hin –: Der Verwaltungsaufwand wird um maximal zehn Minuten reduziert.

Wir versuchen alle gemeinsam, den Bund dazu zu veranlassen, in seiner Verantwortung die nötigen Schritte für zügige Verfahren zu unternehmen, die benötigten Personen einzustellen und die notwendigen finanziellen Ressourcen einzusetzen. Nur das wird dem Anspruch auf schnellere Verfahren gerecht.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer versucht, die Frage der sicheren Herkunftsländer hochzustilisieren, hat entweder von der Sache keine Ahnung oder verfolgt womöglich ganz andere Zwecke, die von der eigenen Konzeptionslosigkeit in der Sache ablenken.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Kollege Laschet, ich hätte mir von Ihnen gewünscht, dass Sie sich zu der Beschleunigung der Verfahren von Menschen, die aus Herkunftsländern stammen, wo die Anerkennung mit fast 100%iger Sicherheit erfolgt, verhalten hätten. Das geht ganz einfach. Da haben wir humanitär, gesetzgeberisch und politisch erheblichen Handlungsbedarf, der mit wesentlich weniger Aufwand erfüllt werden kann.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zu der Wirkung, die Sie hineingeheimnissen, sagen. Wo bitte nehmen Sie Ihre Erkenntnisse – die Glaskugel hat Herr Minister Jäger eben schon bemüht – bei dem Gesetzgebungsverfahren her, das seine Wirkungskraft erst ab dem 1. August 2015 entfaltet? Seitdem ist die Definition in Kraft. Ihre Zahlen, die Sie vortragen, sind Fantasiegebilde.

Wenn es eine Wirkung in den Herkunftsländern gegeben hat – auch da empfehle ich ein Informationsgespräch mit Ihren Vertreterinnen und Vertretern im Innenbereich –, ist sie der gezielten Informationskampagne zu verdanken, die wir in den Herkunftsländern durchgeführt haben. Natürlich müssen wir den Menschen, die keine langfristige Bleibeperspektive haben, rechtzeitig vorher vermitteln: Ihr habt keine Chance, hier durch einen Asylantrag einen dauerhaften Aufenthalt zu begründen.

Eine andere Frage ist auch sehr interessant. Eben hat Kollege Kuper seinen Fraktionsvorsitzenden als Helden in Fragen eines Zuwanderungsgesetzes dargestellt. – Da kann ich nur sagen, Herr Kuper, Ihr Fraktionsvorsitzender ist allenfalls ein tragischer Held. Bis jetzt hat er keinen Erfolg verbucht, die CDU dazu zu bewegen, eine vernünftige Zuwanderungsgesetzgebung zu machen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann mit Kritik leben, ich kann auch ein bisschen mit oppositioneller Rhetorik leben, wenn sie nach dem Motto erfolgt: Wir haben immer schon alles besser gewusst.

Aber ein Wortbeitrag der Opposition hat sich, ohne den Kollegen Stamp über den grünen Klee zu loben – gerade wollen Sie den Saal verlassen; das müssen Sie sich jetzt gefallen lassen –, wohlthuend von den anderen unterschieden. Der Einzige, der eingeräumt hat, dass das Wichtigste mit Schrauben auf Bundesebene zu bewegen ist, dass es auf eine europäische Perspektive ankommt, dass es darum geht, auch Fluchtursachen ins Auge zu fassen und zu überlegen, wie man die gemeinsam bekämpfen kann,

(Zuruf von den PIRATEN)

war Kollege Stamp von der FDP. Ich wünsche Ihnen, bezogen auf die anderen Oppositionsfraktionen, viel Kraft und viel Erfolg. Uns haben Sie an Ihrer Seite; die anderen offensichtlich noch nicht so sehr.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Punkte nennen, die Sie als CDU von uns, bezogen auf eine Integrationskonzeption, verlangen. Das ist wie die Geschichte von dem Hasen und dem Igel. Ihr Antrag ist ein Dokument der Konzeptionslosigkeit. Das, was Sie sich konzeptionell vorstellen, läuft auf das Hase- und Igel-Spiel hinaus: All das machen wir schon, lieber Herr Kollege Laschet.

Ich will jetzt nichts mehr zu der populistischen Forderung sagen, den Leuten ihr Taschengeld gegen Recht und Gesetz absprechen zu wollen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich will nur auf einen Erfolg hinweisen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Das ist zumindest nicht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewesen, Herr Laschet. Erkundigen Sie sich mal bei der CSU! Sie werden in dem Zusammenhang auch zitiert.

Ich will auf den Erfolg hinweisen, der für uns und unsere Kommunen zumindest bürokratische Erleichterungen bringt: die Gesundheitskarte.

Ich habe von Ihnen vermisst, dass Sie sich dazu positiv verhalten. Das ist ja auch eine Frage individueller Menschlichkeit den betroffenen Personen gegenüber. Heute Morgen – normalerweise orientiere ich mich nicht an Dingen, die in sozialen Netzwerken stehen – habe ich bei Facebook eine Aussage gefunden. Ich lese die einfach einmal vor, und dann gucken wir, woher sie stammt:

„Die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber in NRW ist bestenfalls ‚gut gemeint‘ – was sich aber auch hier leider wieder als Gegenteil von ‚gut‘ erweist: Die Menschen, die zu uns kommen, müssen ordentlich versorgt werden. Aber in der jetzigen Situation sollten Länder und Kommunen alles unterlassen, was Schlepper auf dem Westbalkan zur Werbung für die Reise nach Deutschland missbrauchen können. Wie soll der Bund einem Land wie NRW denn noch mehr helfen, wenn hier immer neue Wanderungsanreize für diejenigen gesetzt werden, für die Asyl gar nicht in Betracht kommt?“

Wissen Sie, von wem diese Unsäglichkeit stammt? Wissen Sie, für wen Sie sich da schämen müssen? – Für den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Günter Krings im Bundesinnenministerium, der einen solchen unheilvollen Mist auf seine Homepage gesetzt hat.

(Beifall von der SPD)

Das, lieber Herr Laschet, entlarvt doch die Doppeltzungigkeit von Christdemokratinnen und Christdemokraten an der Stelle. Wenn Sie noch nicht einmal Ihren Staatssekretär in Berlin dahin gehend beeinflussen können, dass er sich auch die humanitären Aspekte einer solchen Regelung sowie die bürokratischen Entlastungen einmal vor Augen führt, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie das nicht im Griff haben, wie wollen Sie denn dann wirkungsvoll nordrhein-westfälische Interessen in Berlin vertreten, wenn es darum geht, langfristig zu Regelungen zu kommen?

Ich darf ganz deutlich sagen: Ja, das ist nur ein Zwischenschritt. Ich habe die Gesundheitskosten extra herausgenommen, weil das einer der Punkte ist, die unsere Kommunen wirklich richtig belasten. Die Gesundheitskarte ist nur eine Vereinfachung. Wir haben mehrfach gefordert: Lassen Sie uns gemeinsam das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. Ich weiß, das ist mit der CDU in Berlin im Augenblick nicht zu machen. Lassen Sie uns aber doch gemeinsam den Schulterschluss suchen, um zu erreichen, dass die Gesundheitskosten von Berlin ersetzt werden.

Die Einzige, die da wirklich zuverlässig ist, ist die Kollegin Nahles. Sie ist hingegangen und hat jetzt sehr deutlich gemacht, dass sie uns die nötige Unterstützung auch mit Blick auf die Kommunen gewährleisten will. Das, was wir hier brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Schulterschluss derjenigen, die sich für die Menschen, die zu uns kommen und Schutz und Hilfe suchen, einsetzen, die sich für die Interessen der Kommunen einsetzen und die sich für den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Strukturen einsetzen, ohne die wir an der Stelle nicht so gut aufgestellt wären.

Das, was wir am wenigsten brauchen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kleinteilige parteipoliti-

sche Besserwisserei, die uns nur davon abhält, unsere Arbeit zu machen. Herr Kollege Laschet, Sie und Ihre CDU sind kein Teil der Lösung. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Düker das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gab es im letzten Jahr noch eine jährliche Verdoppelung der Zugangszahlen von Asylsuchenden nach Deutschland und auch nach NRW, werden wir in diesem Jahr eine Vervierfachung, vielleicht sogar eine Verfünffachung der Zugangszahlen erleben. Kamen vor sieben Jahren noch 5.000 bis 7.000 Flüchtlinge pro Jahr nach Nordrhein-Westfalen, sind das jetzt die Zahlen pro Woche.

Ja, diese Zahlen fordern alle unheimlich. Sie bringen alle an den Rand der Leistungsfähigkeit. Aber hier sind – das will ich sagen – alle an den Rand der Leistungsfähigkeit gelangt: das Land, die Hilfsorganisationen, die Kommunen und auch der Bund.

Wie reagiert jetzt Politik? Wir haben die Situation nun häufig genug in Reden beschrieben. Was zeigt diese Debatte? Leider – das konnten wir heute auch wieder par excellence von der CDU erleben – ergeht sich Politik, lieber Herr Laschet, hier in altgewohnten Reflexen:

Erster Reflex – ganz beliebt – ist das Schwarze-Peter-Spiel. Immer ist der jeweils andere – natürlich möglichst im anderen politischen Lager oder auf einer anderen politischen Ebene – schuld. Wenn der nur alles richtig machen würde, wäre alles gut. Dabei geht es um ein Organisationsversagen der Landesregierung, und es wird gesagt: Die Kommunen sind die Armen. Der Bund macht alles prima. Und wenn Armin Laschet Ministerpräsident wäre, dann würde das hier aber mal richtig gut klappen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Ganz genau!)

Herr Laschet, das nimmt Ihnen niemand mehr ab. So billig kommen Sie hier nicht davon! Das funktioniert nicht!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Leider reihen sich bei diesem Schwarze-Peter-Spiel – ich muss es leider sagen; das darf ich als Grüne auch – auch Sozialdemokraten ein.

Der Oberbürgermeister von Dortmund ist heute schon oft zitiert worden. Was er mit seiner Erstaufnahme macht, funktioniert so auch nicht. Ja, es kommen fast 80 % der Flüchtlinge nach Dortmund, weil die Leute wissen, dass sich dort eine Erstauf-

nahme befindet. Ja, sie stehen vor der Tür und können nicht aufgenommen werden. Vielleicht aber, liebe Stadt Dortmund, nimmt man eher als Erstes den Hörer in die Hand und bespricht sich mit dem Innenministerium, als die Presseerklärung dazu zu schreiben, um genau zu wissen, wer hier versagt hat.

Nein, das Land schickt der armen Stadt Dortmund nicht die Flüchtlinge. Nein, das Land ist hier nicht schuld. Vielleicht setzt man sich zusammen, macht einen Round Table, bespricht die Probleme und findet dann auch Lösungen.

Der zweite Reflex besteht in dem guten alten Prinzip Abschreckung: weniger Taschengeld, Sachleistungen. Arbeitsmarktzugang? – Fehlanzeige! Das wird erst einmal erschwert. Es hat ja einen Pull-Effekt. Weiter geht es dabei um die Wiedereinführung von Visa. Und jetzt kommt die ultimative Zauberformel der CDU in der Überschrift Ihres Antrages: Die sicheren Herkunftsländer müssen her. Das wird – Sie haben das jetzt auch noch einmal gesagt – mit der vollmundigen Behauptung – ich weiß gar nicht, woher Sie die eigentlich nehmen – verbunden: Wenn wir das alles machen, dann kommen die schon nicht mehr. Ich meine, der Zaun in Ungarn zeigt ja gerade, wie solche Systeme funktionieren: nämlich gar nicht.

Lieber Herr Laschet, ich glaube, mit diesen alten Reflexen überlebt man – das sei Ihnen zugestanden – die nächste Talkshow, die nächste Debatte – da kann man einmal richtig auf den Putz hauen – oder das nächste Zeitungsinterview. Ich kenne sie im Übrigen aus den 90er-Jahren. Damals war ich Kommunalpolitikerin und habe damals angesichts der steigenden Zahlen genau dieselben Reflexe erlebt. Es war genau dasselbe Muster, was Sie auch hier wieder an den Tag legen. Das eignet sich für die Talkshow, aber das eignet sich nicht, Herr Laschet,

(Armin Laschet [CDU]: Die Grünen machen eine andere Politik in Hessen!)

Probleme zu lösen.

Vor allen Dingen lenken Sie mit diesen alten Reflexen davon ab. Das sage ich hier auch noch einmal ganz klar, vielleicht auch selbstkritisch in die eigene Richtung. Wir sollten uns mal alle an die eigene Nase fassen, ehrlich eigene Versäumnisse eingestehen, Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen und vor allen Dingen wirksame, vielleicht auch schwierigere, kompliziertere Lösungen gemeinsam mit nach vorne bringen. Und die gibt es. Es gibt Antworten und Ansätze, die man aber besser gemeinsam in dieser Situation findet.

Zunächst zum Problem der Strukturen: Ja, ich habe die Zahlen gerade genannt. Unsere Aufnahmekapazitäten sind nicht auf diese steigenden Zahlen eingestellt. Das ist so. Das hätte man vielleicht früher wissen können, ja, vielleicht auch Sie, als Sie

Unna-Massen geschlossen haben. Aber das mache ich Ihnen hier auch nicht zum Vorwurf, weil uns das nämlich nicht weiterbringt. Wir müssen diese Strukturen ausbauen, und das – das gehört zur Ehrlichkeit – wird dauern.

Wenn Sie sich jetzt hinstellen und jede Woche eine neue Zahl, was das Land an Erstaufnahmekapazitäten braucht, in den Raum stellen, 30.000, 40.000 oder 50.000 – Herr Kuper sagt, das haben wir doch schon immer gesagt, es müssen mehr sein –: Da ist doch kein Dissens. Ich glaube, wir sollten uns auch nicht über die Zahl der Plätze streiten.

Es geht darum, Ziel muss sein, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes tatsächlich die Menschen so lange bleiben können – nicht nur um ihr Asylverfahren abzuwarten, sondern auch um anzukommen, um hier eine Verfahrensberatung zu bekommen, um zur Ruhe zu kommen, ja, auch ihr Asylverfahren abzuwarten, wenn der Bund denn dafür die Stellen zur Verfügung stellt. Das ist doch ein gemeinsames Ziel.

Ob das 30.000, 40.000 oder 50.000 sind: Herr Laschet, diese Zahlen bringen uns überhaupt nicht weiter. Im Ziel sind wir uns, denke ich, einig. Das heißt, wir brauchen diese Strukturen. Sie werden so schnell nicht ausgebaut – weder auf Landesebene noch auf kommunaler Ebene. Das ist so. Das sollten wir gemeinsam und ehrlich den Menschen sagen.

Aber – und jetzt kommt die gute Nachricht – das sagen nicht nur wir Grünen, sondern das sagen uns alle Statistiker – ich zitiere eine Überschrift gestern aus dem „Pressespiegel“ –: Die Asylsuchenden von heute sind die Steuerzahler von morgen.

Ja, wir brauchen diese Menschen, und zwar alle. Wir können sie sehr gut gebrauchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Demografie-Enquetekommission hat uns das schwarz auf weiß, im Übrigen interfraktionell – was will man mehr? –, als Erkenntnis geliefert: wenn – das können wir tatsächlich als Chance begreifen – wir politisch die richtigen Weichen stellen.

Herr Laschet, 2006 haben Sie etwas ganz Kluges gesagt – ich habe es noch einmal gegoogelt; das kann man alles nachlesen –, nämlich:

„Die Union sollte sich von der These verabschieden, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Diese These war schon immer falsch. Das war eine Lebenslüge.“

Herr Laschet, heute stellen Sie sich hierhin und sagen: Ja, und wir brauchen auch ein Einwanderungsgesetz. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Einsicht! Nur dieser Einsicht folgt keine reale Politik durch Ihre Partei. Das ist doch das Problem.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ihre Kanzlerin, Ihre Vorsitzende hat jetzt zu der aktuellen Debatte gesagt: Einwanderungsgesetz ist für uns kein aktuelles Thema. – Dann setzen Sie sich bitte mit dieser Einsicht in der CDU durch. Denn leider haben Sie außer dieser Rhetorik nicht viel Durchsetzungsvermögen, muss ich feststellen, denn Ihre Partei verschanzt sich.

Stichwort: „Lebenslüge“ von damals: Sie begehen den Fehler, dass Sie sich hinter einer neuen Lebenslüge verschanzen, nämlich dass man – Herr Kuper hat es gerade wiederholt – diesen neuen Migrationsbewegungen nur mit dem Asylrecht begegnen kann, ansonsten gäbe es nichts. Und wer hier nicht unter das Asylrecht fällt, den – siehe Abschreckungsrhetorik – schieben wir schnell wieder ab. Dann ist das Problem gelöst.

So funktioniert es eben nicht. Das Asylrecht ist keine Antwort auf die Probleme, die wir auf dem Westbalkan haben. Aber vielleicht – ich habe heute Morgen den Reden bei der Trauerfeier für Wilhelm Lenz sehr aufmerksam zugehört – brauchen wir in der CDU ein bisschen mehr Modernisierungswillen wie den eines Wilhelm Lenz, der in den 70er-Jahren sehr wegweisende Erkenntnisse hatte. Vielleicht hätte er zu dieser ganzen Frage eine etwas pragmatischere Ansicht als das, was die CDU derzeit zu bieten hat.

Wir brauchen weniger Zaudern und Zögern, weniger Ja-aber-Politik, Herr Laschet, sondern mehr Lösungen. Mit „ja, aber“ meine ich: Ja, die sollen hier arbeiten, nach drei Monaten dürfen sie arbeiten, aber Deutschkurse kriegen sie nicht.

(Armin Laschet [CDU]: Wer sagt denn das? Wer erzählt denn so einen Quatsch?)

Deutschkurse sind aber notwendig, damit sie überhaupt einen Arbeitsplatz bekommen. Während des Asylverfahrens – das dauert leider gerade sehr lange; siehe BAMF-Problematik – haben Flüchtlinge in unserem Land keinen Anspruch auf einen Deutschkurs. Das ist so. Alle Anträge mit diesen Forderungen, die wir im Bundesrat mit Nachdruck gestellt haben, wurden abgelehnt. Oder: Ja, arbeiten sollen sie auch, aber die bürokratische Barriere Vorrangprüfung bleibt – 15 Monate.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Haben Sie schon einmal einen Flüchtling gefragt, was das heißt, wie so eine Vorrangprüfung abläuft, wenn er einmal einen Arbeitsplatz gefunden hat? – Das dauert vier Wochen, dann ist der Arbeitsplatz meistens weg.

Ja, die jungen Flüchtlinge sollen hier eine Lehre machen. Ja, das haben Sie im Bundestag endlich zugestanden. Aber danach, selbst wenn der Arbeitgeber sagt, wir brauchen diesen jungen Menschen, soll, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde, der junge Mensch mal ganz schnell wieder verschwinden.

(Armin Laschet [CDU]: Stimmt doch gar nicht, ist doch alles Quatsch!)

Das ist das Gegenteil von pragmatischer Einwanderungspolitik, die Sie hier rhetorisch anmahnen, Herr Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind Fakten, Herr Laschet.

(Armin Laschet [CDU]: Das sind keine Fakten!)

Mit denen müssen Sie sich konfrontieren lassen. Natürlich sind das Fakten. Ihre Fraktion hat im Bundestag den Antrag abgelehnt, dass jugendliche Flüchtlinge, die hier erfolgreich eine Lehre abschließen, aber keinen anerkannten Asylstatus haben, danach nicht abgeschoben werden. Sie haben es nicht zugestanden, dass diese Flüchtlinge hier ein Bleiberecht bekommen.

(Armin Laschet [CDU]: Das hat die SPD gemacht!)

Das Umschalten im Kopf ist das, was bei Ihnen fehlt; es fehlt das Umdenken, dass ein Asylsuchender auch tatsächlich ein Einwanderer sein kann und vielleicht auch für unsere Gesellschaft ein Gewinn sein kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist nach wie vor für einen Asylsuchenden unmöglich, von seinem Asylantrag, der abgelehnt wird, zu einem Einwanderer zu werden und vielleicht einen Einwanderungsantrag zu stellen. Ich könnte weitere Beispiele dieser Ja-aber-Politik aufzählen. Sie verweigern sich nach wie vor diesem Gedanken. Sie erhalten diese neue Lebenslüge weiterhin aufrecht: Hier darf keiner rein.

Asyl ja – aber der Rest bleibt bitte vor den Toren, auch wenn wir sie gebrauchen können, und auch, wenn wir diesen Migrationsdruck haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

Erstens. Beim Asyl brauchen wir schnellere Entscheidungen. Es kann nicht sein, dass wir Menschen jahrelang – und es sind inzwischen Jahre! – auf ihre Entscheidung warten lassen. So können diejenigen, die bleiben dürfen, nicht integriert werden; und diejenigen, die gehen müssen, haben keine sichere Perspektive, was mit ihnen passiert. Dann ist nachher die Abschiebung umso brutaler.

Ja, wir brauchen schnellere Entscheidungen durch das Bundesamt, und wir brauchen endlich Integration von Anfang an. Das heißt, mit der Asylantragstellung muss geschaut werden: Was kann dieser Mensch? Was braucht er? Welche Bedarfe hat er? Was bringt er mit? Da muss sofort ein Integrationsplan erstellt werden, und dann müssen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Zweitens: Westbalkan. Ja, hier liegt die Anerkennungsquote bei unter 1 %. Aber die Realität sieht doch so aus: Die Menschen werden sich diese Wege weiter bahnen – als sicher eingestufte Herkunftsländer hin oder her. Wir sollten diese Einwanderung nicht leugnen, sondern wir sollten sie steuern und gestalten. Wir sollten sie außerdem als Chance für uns nutzen und diesen Menschen legale Wege nach Deutschland und nach Europa aufzeigen.

Das sollte uns nicht davon abhalten, vor der Tür der Europäischen Union einmal auf die Fluchtursachen zu schauen. Die Innenausschusssprecher waren in diesem Sommer mit dem Innenminister im Kosovo. Dort haben wir uns sehr eindrücklich informieren können, was denn die Fluchtursachen eigentlich sind.

Viele Flüchtlinge wissen sogar, dass sie nicht hierbleiben können. Aber angesichts der absoluten Perspektivlosigkeit in ihren Ländern sagen sie: Wir versuchen es mal. Ich möchte für meine Kinder eine andere Zukunft haben. Wenn auch nicht für mich, so möchte ich für meine Kinder eine Perspektive aufzeigen.

Warum? – Weil dort nach wie vor keine staatlichen Strukturen existieren, weil dort nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die EU bekommt vielleicht so etwas wie Bankenkrise in den Griff, aber direkt vor ihrer Haustür verhandelt sie mit Beitrittskandidaten und schafft es nicht, diese Kandidaten – ich sage es mal so – dazu zu zwingen, ihre Beitrittsperspektiven nicht nur unter der Bedingung eines ausgeglichenen Haushalts zu stellen. Vielmehr müsste die Beitrittsperspektive für die Westbalkanländern auch darin bestehen, dort die Korruption effektiv zu bekämpfen,

(Armin Laschet [CDU]: Was soll das denn jetzt?)

dort die Menschenrechte durchzusetzen und Minderheiten nicht zu diskriminieren.

Auch hier hat die EU noch eine Menge Hausaufgaben zu erledigen, die sie bislang noch nicht angepackt hat.

(Armin Laschet [CDU]: Beschimpfen Sie hier doch nicht die EU!)

– Herr Laschet, mehr Pragmatismus!

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir brauchen das alles, aber nicht mit neuen Lebenslügen, die Sie hier aufbauen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der Regierungsbank)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Ganz kurz zum Thema „sichere Herkunftsstaaten“: Herr Kuper, Herr Laschet, zu Ihrem Antrag nur so viel: Wir haben einen Entschließungsantrag dazu gemacht. Ich denke, da steht alles drin. Lesen Sie sich ihn bitte durch. Ich möchte mich jetzt nicht weiter zu dem auslassen, was Sie geschrieben haben. Sichere Herkunftsstaaten gibt es nicht. Frau Düker hat gerade auf unseren Besuch im Kosovo hingewiesen. Insofern: Lesen Sie bitte unseren Antrag. Ich erwarte übrigens nach den Äußerungen von Herrn Körfges und Frau Düker auch die Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Frau Düker, Herr Körfges, Ihre Reinwaschungen, die wir jetzt die ganze Zeit gehört haben, sind schwer zu ertragen.

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe: Oh!)

Das meiste von dem, was Sie in ihrem achtseitigen Entschließungsantrag fordern und was Frau Ministerpräsidentin Kraft hier vorgetragen hat, ist gut und richtig. Aber das hätten Sie schon vor zwei Jahren niederschreiben und umsetzen müssen.

(Beifall von den PIRATEN)

Seit 2012 haben wir all das niedergeschrieben – aber unsere Anträge haben Sie alle abgelehnt. Ob Erleichterung bei der Arbeitsaufnahme, Suche nach Unterbringung, Neukonzeption der Landesaufnahme oder die Krankenkarte für Flüchtlinge – alles abgelehnt. Sie kommen erst in Bewegung, wenn es gar nicht anders geht, und das zum Schaden der Menschen, die hier Schutz und Hilfe suchen.

Die Menschen ersticken in Lkws, ertrinken im Mittelmeer oder werden auf der Flucht erschossen. Auf Kos, auf Lesbos und auf anderen Inseln warten sie auch heute noch auf Fähren, die nicht kommen. In Bahnhöfen warten sie auf Züge, die nicht fahren. Und sie warten und verhungern an den Zäunen der Festung Europa.

Ich schäme mich als Europäer, auch weil das Ganze schon so lange geht. Seit Jahren werden die Grenzen verstärkt und nicht geöffnet. Das ist die falsche Politik.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn die Menschen es dann auf nicht legalen Wegen – denn legale Wege gibt es ja nicht – nach Deutschland und nach Nordrhein-Westfalen geschafft haben, dann leben sie in Zelten, in verschimmelten Massenunterkünften, in Turnhallen und in Containern. Sie dürfen nicht arbeiten, sie dürfen sich ihren Wohnsitz nicht aussuchen, sie werden sozial, medizinisch und psychologisch unterversorgt. Sie werden vom deutschen Gesetzgeber behandelt wie Menschen zweiter Klasse.

Seit Jahrzehnten leben Geflüchtete so in Massenunterkünften in Deutschland. Integration war und ist nicht gewollt. Das muss sich endlich ändern.

(Beifall von den PIRATEN)

In diesem Plenarsaal wurde am 30. April dieses Jahres nach einer Bootskatastrophe mit 700 getöteten Menschen beschlossen, dass es kein „Weiter so!“ in der Flüchtlingspolitik geben darf, dass endlich Konsequenzen aus den Fluchttragödien und der großen Anzahl der Toten gezogen werden.

Aber seither ist alles leider noch schlimmer geworden, auch hier im Land. In Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt Zeltstädte. Vor einem Jahr war die geplante Zeltstadt in Duisburg-Walsum noch ein bundesweiter Skandal.

Vor genau einem Jahr, nämlich Anfang September 2014, wurde hier im Plenum über unsere Forderung im Antrag „Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern“ diskutiert. Uns wurde vorgeworfen, dass wir schwarzmalen würden. Damals hieß es, dass unsere Vorschläge doch schon längst umgesetzt würden, dass es eine Bestandsaufnahme zur Unterbringungsmöglichkeit gebe und dass Zeltstädte natürlich keine menschenwürdige Unterbringung bieten würden.

Meine Damen und Herren, Herr Yetim, Frau Düker, Herr Minister Jäger, wo stehen wir heute? Heute ist in die Unterbringung in Zelten eine „unorthodoxe Lösung“. Die Landesregierung betreibt nicht nur eine Zeltstadt. Nein, in den kommenden Wochen werden es sechs Zeltstädte mit jeweils bis zu 1.000 Menschen sein.

Die erste Zeltstadt wurde dieses Wochenende in Köln eröffnet. Sie soll bis Januar stehen bleiben. Das heißt, im kalten Winter sollen sich dort 900 Männer, Frauen und Kinder in Unisex-Containern duschen und in flattrigen Zelten ihre Tage verbringen.

(Minister Ralf Jäger: Flattrige Zelte?)

Ich kann nur hoffen, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Bilder wie aus Dresden, Hamburg oder Wetzlar produzieren. Dort haben Menschen mit Hungerstreik gegen ihre Unterbringung protestiert. Die Presse schreibt dort, dass in diesen Zeltstädten eine humanitäre Katastrophe stattfindet – und das mitten in Deutschland.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Traurig!)

Nach der ersten Ankündigung der Landesregierung, dass sie Zelte baue, haben direkt diverse Kommunen nachgezogen. Ich habe es genau hier schon einmal gesagt: Wenn das Land kein Vorbild ist, machen es die Kommunen garantiert nicht besser. – Und genau so ist es passiert. So sind nun Zeltstädte für die Unterbringung von Flüchtlingen fast zu einem Standard geworden. Was für eine Schande!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich war schon in sehr, sehr vielen schlechten Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Liebe Landesregierung, eine Zeltstadt mag in den Ländern rund um Syrien das einzige Mittel sein, aber eine Zeltstadt für ein reiches Aufnahmeland wie Deutschland ist wirklich beschämend.

Sie, die Landesregierung, Herr Minister Jäger, tragen für diese Zustände die Verantwortung. Es ist Ihr fundamentales Organisationsversagen, Ihre mangelnde Vorbereitung. Sie haben auf diesem unsäglichen Verantwortungsverschiebeparkplatz zwischen Kommunen, Land, Bund und Europa immer ganz vorne mitgespielt. Sie wurden seit 2012 diverse Male vorgewarnt, aber Sie und Ihr Ministerium blieben bis zur Schande von Burbach untätig, und diese weltweit bemerkte Schande hat immer noch nichts wirklich nachhaltig verändert.

„Keine Provisorien mehr, feste Bauten ab Oktober.“ Das hat Ministerpräsident Reiner Haseloff gestern mitgeteilt. Solche klaren Worte hätte ich von Ihnen erwartet. Aber da kommt gar nichts, und das ist traurig.

Dass sich nun auch die „Elefanten“ im Bund – Sigmar Gabriel und inzwischen auch die Kanzlerin – anscheinend endlich der gesellschaftlichen und menschlichen Herausforderung stellen wollen, war überfällig. Taten sehe ich allerdings nicht, und wenn doch, kommt das jetzt viel zu spät. Es ist für mich absolut unverständlich, warum die Verantwortlichen erst reagieren, wenn es schon zur humanitären Katastrophe gekommen ist, wenn die Problemlösung zimal mehr kostet, wenn der Aufwand tausendmal mehr Kraft fordert.

Der einzige Hoffnungsschimmer ist die enorme Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, der Menschen hier im Land. Und diese setzen Sie mit Ihrer Untätigkeit und Unfähigkeit aufs Spiel.

Mit unserem heutigen Antrag, der ein für alle Mal klarstellen will, dass Deutschland ein Aufnahmeland ist, fordern wir, dass in Nordrhein-Westfalen endlich Konzepte für Bürgerengagement eingeführt werden. Die Hilfsbereitschaft muss koordiniert werden. Das passiert für die Landesaufnahmen aber fast gar nicht. Es braucht mehr Struktur und mehr Koordination. Einzelinitiativen wie die der Bezirksregierung Köln müssen gestärkt werden. Hier wird zurzeit die Hilfsbereitschaft der Menschen für die Zeltstadt Köln via Twitter koordiniert, und das funktioniert sehr gut; das ist ein hervorragendes Beispiel.

Eine weitere Forderung bzw. ein Vorschlag aus unserem Antrag ist die Schaffung eines Ministeriums für Integration, Flucht und Einwanderung. Wir haben das schon mehrfach gefordert und fänden die Probleme dort auf jeden Fall besser angesiedelt als beim Innenministerium. Denn wir müssen uns den Menschen zuwenden und sie nicht abwehren.

(Minister Ralf Jäger: Ich finde das schon in Ordnung!)

Zukünftig müssen Europa, Deutschland, das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen Geld und Ressourcen in die Integration und in Strukturmaßnahmen wie den Wohnungsbau stecken, statt Energie in Abwehrmaßnahmen zu verschwenden.

Wie der Migrationsforscher François Gemenne in einem Interview im „stern“ sagte, haben Abwehrmaßnahmen überhaupt keinen Einfluss auf Migrationsströme. Das Einzige, was sie beeinflussen, sind das Geschäft und die Gewinnmargen der Schlepper. Je restriktiver die Abwehrmaßnahmen sind, desto höher sind die Gewinne der Schlepper. Das ist die Realität, und deshalb brauchen wir die legale Zuwanderung.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen ein Miteinander und kein Gegeneinander. Denn nur ein Miteinander macht uns, die Gesellschaft, stark. Wir Piraten werden unsere ganze Kraft für eine Gesellschaft von gegenseitiger Hilfe und Respekt einsetzen.

Refugees Welcome!

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen somit, nachdem ich die Aussprache geschlossen habe, zur Abstimmung. Wir stimmen über insgesamt sechs Vorlagen ab und beginnen mit der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/9652 zur Unterrichtung durch die Landesregierung. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 16/9652** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** ist.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/9512. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses **Antrags Drucksache 16/9512** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Integrationsausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**; die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse drittens abstimmen über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9514. Die antragstellende CDU-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer möchte diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen? Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/9514** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt** worden ist.

Ich lasse viertens über den Entschließungsantrag der Piratenfraktion Drucksache 16/9653 abstimmen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/9653** mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt** worden ist.

Wir stimmen fünftens über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9583 ab. Auch hier hat die antragstellende CDU-Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Zu der kommen wir dann auch. Wer stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/9583** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt** worden ist.

Ich lasse sechstens und letztens abstimmen über den zweiten **Antrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/9588 – Neudruck**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Integrationsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Damit sind wir mit der umfangreichen Beratung und den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt durch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich beende den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

## 2 **Bildungsqualität fördern** **Teil 2: Schulen in ihrer Ausrichtung auf berufliche Ausbildung stärken – die duale Ausbildung fördern – Fachkräftemangel vor allem im technischen Bereich beheben**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9580